

Bezugspreis: Für den Monat Mai 1923 200 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 17. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Polnische Pläne gegen Danzig.

Von verschiedenen Seiten kommen Nachrichten, die die Beziehungen zwischen Polen und Danzig, die in letzter Zeit ziemlich gespannt waren, sich dermaßen verschärft haben, daß mit einem Handstreich der Polen auf Danzig gerechnet wird.

Die Regierung in Danzig wird seit Bestehen des Freistaates von einem Bürgerblock gebildet, in dem die Deutschnationalen eine ausschlaggebende Rolle spielen.

nationalen Leitung unterstehenden Danziger Zollwesen eine brisante militärische Spielerei eingeschlossen ist.

Polens Verlangen geht aber weniger auf die Abstellung wirklicher oder angeblicher Mißstände aus, es hat vielmehr nur das eine Ziel im Auge, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Danzigs mehr und mehr zu untergraben.

Die Danziger Sozialdemokratie hat sich seiternzeit gegen die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich ausgesprochen und für die Danziger das nationale Selbstbestimmungsrecht verlangt.

Unruhige Ferien.

Der Reichstag ist gestern in die Pfingstferien gegangen, die voraussichtlich etwa drei Wochen dauern werden.

Hätte nicht die sozialdemokratische Fraktion darauf bestanden, eine Aussprache über die auswärtige Krise herbeizuführen, so hätte der Reichstag debattelos die dritte Lesung des Haushalts abgeschlossen.

Von Untertönen einer parlamentarischen Krise, nach denen man im Ausland so aufmerksam hinhört, war auch in der Rede unseres Genossen Hermann Müller nichts zu hören.

Selbst Herr Hergt von den Deutschnationalen konnte sich diesem Stimmungsdruck nicht ganz entziehen.

Herr v. Rosenberg hätte da eine schöne Gelegenheit gehabt, eine weitgehende Übereinstimmung im Hause festzustellen, zumal auch die Erklärung des Genossen Müller, man dürfe zum Zweck einer bescheidenden Lösung nicht vor der Erfassung der Sachwerte zurückweichen, die offensichtlich Zustimmung der Mittelparteien gefunden hatte.

Witterweile ist bekannt geworden, daß sich die Regierung mit Rückfragen nach London und Rom wenden will.

Bei dem Versuch, diese Aufgabe zu lösen, sieht sie sich vor keine inneren Schwierigkeiten gestellt. Das deutsche Volk ist in seiner übergroßen Mehrheit politisch genug unterrichtet, um zu wissen, daß es sich seine Freiheit nur durch schwere materielle Opfer erkauft kann.

Die jegliche Regierung hat es besser, weil in der Sozialdemo-

Protest der dänischen Gewerkschaften.

Kopenhagen, 16. Mai. (WZ.) Der Ausschub der Vereinigten Gewerkschaften hat dem hiesigen französischen Gesandten folgende Protestresolution überreicht mit dem Ersuchen, das Schreiben an den Ministerpräsidenten Poincaré weiterzuleiten:

Der am 12. Mai 1923 zu einer Sitzung versammelte Ausschub der Vereinigten Gewerkschaften spricht seine Trauer und seine Enttäuschung über die seitens der französischen Regierung erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes und der damit verbundenen Gewalttaten aus.

Im Namen der Vereinigten Gewerkschaften: Karl F. Radjen, Alfred Christiansen.

zahlungen bis zu 25 Proz. der deutschen Zahlungen genießen sollen. Da Washington mit Berlin aber einen besonderen Friedensvertrag unterzeichnete, wünschen die Alliierten, daß Amerika auch eigene Verhandlungen mit der deutschen Regierung wegen Rückzahlung der Besatzungskosten einleite.

Ran konnte sich nicht einigen und beschloß, wie erwähnt, den Regierungen über die Angelegenheit zu berichten.

Türkisch-polnische Verständigung.

Lausanne, 16. Mai. (WZ.) Von türkischer und polnischer Seite wird offiziell mitgeteilt, daß die beiden Länder am Freitag Sonderverhandlungen in Lausanne eröffnen werden zum Zwecke der Wiederherstellung diplomatischer konsularischer und kommerzieller Beziehungen.

Das Verbot der Hundertschaften.

Zu der Verfügung des Ministers des Innern vom 12. Mai über die Auflösung und das Verbot der profetarischen Hundertschaften hat der Innenminister Seodinger noch kurze Ausführungsbestimmungen erlassen, aus denen folgendes zu entnehmen ist: Alle Polizeibehörden haben für die Auflösung der vorhandenen Hundertschaften mit aller Entschiedenheit Sorge zu tragen.

Paßverweigerung für Hamburg.

Ein Geldentwurf Mussolinis.

Rom, 16. Mai. (CP.) Die Parteileitung der Einheitssozialisten teilt mit, daß dem Delegierten Matteotti, der die italienischen Sozialisten auf dem Hamburger Kongress vertreten sollte, von der italienischen Regierung der Paß verweigert wurde.

Die amerikanischen Besatzungskosten.

Gescheiterte Verhandlungen.

Paris, 16. Mai. (CP.) Die Kommission zur Beratung der amerikanischen Besatzungskosten hielt eine Sitzung ab, in der aber kein Einvernehmen erzielt wurde.

Milarche Goldmark, die Amerika für seine Besatzungskosten fordert,

innerhalb 12 Jahren zurückgezahlt werden solle und daß die amerikanischen Noten eine volle Priorität bei allen Reparations-

...atie mehr nationales Verantwortungsgefühl
lebt, als es auf der Rechten zu Wirths Zeiten zu finden war.
Von links her drohen ihr weder legendäre Dolchstöße noch
wirkliche Rückenschüsse.

Niemand will heute eine Krise mit unsichtbarem Ausgang
eröffnen. Die alte Klugheitsregel, daß man Wasser, auch
wenn es etwas abgeflanden sein sollte, nicht weggehen darf,
solange man kein frisches hat, findet auf das politische Leben
weitestgehende Anwendung. Niemand will die unabsehbaren
Konsequenzen auf sich nehmen, die eine ausweglose innere
Krise unter den gegenwärtigen Umständen mit sich bringen
müßte.

Soweit es also möglich ist, im Innern die Voraussetzungen
für eine Wendung der auswärtigen Lage zum Besseren
herzustellen, sind sie dank der wachsenden Einsicht breiter
Volksschichten und dem Verantwortungsbewußtsein auch der Oppo-
sition in höchstem Maß gegeben. Die Bevölkerung der be-
legten Gebiete verharret in ihrem heroischen Widerstand, ob-
wohl das Joch der militärischen Gewalttherrschaft mit jedem
Tage schwerer drückt. Wenn wir trotzdem den nächsten
Wochen mit Unruhe und Sorge entgegensehen, so liegt das
nicht am Volk und am wenigsten an seinen arbeitenden
Massen, die im Ertragen von Leiden und in verständnisvoller
Teilnahme an den allgemeinen Geschicken ein Musterbeispiel
politischer Selbsterziehung bieten. — Aber Herr v. Rosenberg
hat gesagt, daß sich die Reichsregierung ihrer schweren
Verantwortung bewußt sei, und wir müssen die nach-
drückliche Erwartung aussprechen, daß dies kein leeres Wort
gewesen ist.

Deutschvölkische Feststellungen.

Reichskanzler Cuno und seine deutschvölkischen Empfänger.

Zu den Erklärungen des Reichsinnenministers Dezer über
die deutschvölkischen Empfänger des Reichskanzlers Cuno macht
Reinhold Wulle im „Deutschen Tageblatt“ Feststellun-
gen, an denen die Reichsregierung nicht stillschweigend vor-
übergehen kann. Er bezeichnet die Mitteilung des Innen-
ministers, Reichskanzler Cuno habe den deutschvölkischen Ab-
geordneten v. Graefe empfangen, um ihn vor Unbesonnen-
heiten zu warnen, als unwahr. Wahr sei vielmehr, daß
Graefe in den verschiedenen Besprechungen, die
er mit Herrn Cuno gehabt hat, zum Ausdruck brachte,
daß es lediglich das Verdienst der Führerschaft der Freiheits-
partei gewesen sei, wenn die völkische Jugend sich von Unbe-
sonnenheiten bisher zurückgehalten habe; Cuno habe Graefe
dafür seinen Dank ausgesprochen. Unrichtig sei es ferner, daß
Reichskanzler Cuno über die Person Rohbach vor dem
Empfang nicht unterrichtet gewesen sei. Im Gegenteil, Cuno
sei über die Bedeutung Rohbachs und über Ziel und Zweck
der von ihm geleiteten Jugendorganisation durch eine
politische Persönlichkeit genau unterrichtet
worden und habe Rohbach infolge dieser Unterrich-
tung empfangen. Eine zweite Unterredung, zu der
sich Cuno durchaus bereit erklärt habe, habe in der
nächsten Zeit nicht stattfinden können.

Abg. Wulle schließt seine Feststellungen mit den Worten:
„Diese Feststellungen mögen zunächst genügen.“ Man darf
also unter Umständen mit einer Fortsetzung der Polemik
rechnen. Der Weg, den Wulle einschlägt, ist nicht geeignet,
die „deutsche Sache“ zu fördern. Wie so oft, zeigt sich auch
hier, daß die Deutschvölkischen auf die Interessen Deutschlands
pfeifen, wenn sie innerpolitische Verwirrungen anrichten
können.

Auf der anderen Seite lassen die Behauptungen Wulles,
mögen sie nun mit den Tatsachen übereinstimmen oder nicht,
das Verhalten des Herrn Cuno in einem noch ungünstigeren
Licht erscheinen. Eine möglichst schnelle und reifliche Aufklä-
rung dieser dunklen Angelegenheit, die fast wie ein Er-
pressungsversuch der Deutschvölkischen an-
mutet, ist schon im auswärtigen Interesse dringend geboten.
Soviel wird man schon heute erwarten dürfen, daß sich
Reichskanzler Cuno von Ratgebern trennt, die ihm politische
Desperados überliefert Art zuführen.

Europa und Asien.

Seit Jahrzehnten kämpft Theodor Lessing einen abseitigen
Kampf. Wie alle Weltgen, die von der Hochphilosophie toge-
schwollen werden, ist er ein heftiger Mann geworden. Er liebt Po-
lemik und Streit, er haut gern zu, er klopft gern. So haben seine
Bücher zunächst einmal immer lebendige Luft. Man gähnt nie;
man wird von Seite zu Seite fortgezogen und schmeißt so ein Wissen,
das staunenswert ist. Aber weder Amänschheit noch Wissensquantität
ist die Hauptfache seiner Bücher, so willkommen sie dem Leser sind.
Was an ihnen darüber hinaus festsetzt, was packt und nicht losläßt,
ist die unberrte Idee, die sie durchdringt. Diese seine Lebensidee
hat er nun in einem Werke noch einmal zusammengefaßt, der
zweiten Auflage seines Buches „Europa und Asien oder Der Mensch
und das Wandelloste“, das im Verlage Wolf Albrecht Adam in
Hannover erschienen ist.

Die Antithese Europa-Asien ist hier einmal geographisch-welt-
anschaulich und dann als Antithese im einzelnen durchgeführt.
Lessing, der den Anstoß zu dieser Betrachtung der Kulturen dieses
Planeten gegeben hat, weiß selbst, daß heute diese Antithese das
Wesentlichen zu beherrschen beginnt: die Bücher um dieses Problem
häufen sich. Aber keines hat wohl derartig fundamental und eigen-
artig formuliert. Lessing kämpft gegen den Geist oder Ungeist der
europäischen Wissenschaftlichkeit für die Lebendigkeit der asiatischen
Kulturen. Er kämpft gegen das Wissen für das Wesen. Er kämpft
gegen die Verwissenschaftlichung für Wachstum und organische Werden-
lassen. Ergreifend ist es, wie dieser Geist oft gegen sich selbst wütet,
wie er, in die unlösbare Antinomie des „Bewußtseinstieres Mensch“
verstrickt, nach Lösungen sucht. Er bekennet sich selbst einmal als
einen Schüler des Platonikers Kratylus, der, auf der Höhe seiner
Weisheit angelangt, nur noch stumm dahinschleudert und den Zeigefinger der
rechten Hand abwechselnd nach links und rechts bewegt, um die
Doppelnatur und Zweispaltigkeit alles Wissens anzudeuten. Schn-
füchtig schaut Lessing zum unbewußt lebenden Menschen Asiens
zurück; aber er ist viel zu klug und viel zu sehr selbst Bewußtseinstier,
um nicht zu wissen, daß es keine Umkehr gibt, daß der Mensch
„seiner Bewußtseinswirksamkeit wie die Muschel ihrer Schale oder
die Schnecke ihres Hauses bedarf“. Lessing rettet sich nicht in ein
leichtiges „Zurück zur Natur“, er versucht nur, frühere Werte, Werte
unbewusster Daseins, Werte eines Lebens, das unmittelbar mit
dem ewigen zueinander Werden und Vergehen des Wandellosten“,
der Gottheit, zusammenhängt und um diesen ewig-großen Wechsel
weiß, in unsere europäische Art, das Leben aus dem Bewußtsein
heraus sekundär zu formen, zu reifen, um einen Reichtum zu ge-
winnen, der der einseitigen Entwicklung nicht gegnnd ist.

Wenn er an einigen Stellen seines Buches auf die Entwicklung,
die er sonst im üblichen Sinne einer aufsteigenden Linie ablehnt,
hofft, so bleibt doch immer ein Zweifel, der nicht recht an „Fort-
schritt“ glaubt dann. Die Einsicht, daß der Mensch „auf dem Wege
bewußt sozialen Lebens und kommunistischer Tat jene Sicher-

Deutschvölkischer Zank.

Der deutschvölkische Abg. Henning hat in seiner Reichs-
tagsrede einen Bericht der „Deutschen Zeitung“ über einen
Vertretertag der Deutschvölkischen Freiheitspartei als unrichtig
bezeichnet. Dazu bemerkt die „Deutsche Zeitung“: „Sämtliche Berichte
über Tagungen oder sonstige Veranstaltungen der Deutschvölkischen
Freiheitspartei sind uns ohne Ausnahme von Mitgliedern
dieser Partei zugegangen, deren Loyalität selbst Herr Henning
nicht in Zweifel ziehen dürfte. Sollte irgendein Bericht falsches
enthalten haben, so fällt das auf das betreffende Mitglied der
Deutschvölkischen Freiheitspartei zurück.“

Wollte man sich der Mühe unterziehen, sämtliche Behauptungen
nebeneinander zu stellen, in der sich Deutschvölkische gegenseitig Un-
ehrlichkeit und Unwahrhaftigkeit vorwerfen, dann
säme ein wahres Rattenkönig zustande. Was Herr Henning
in seiner Reichstagsrede von der „Deutschen Zeitung“ behauptete, gilt
demnach ganz allgemein von der völkischen Clique: „Sie hat die
eigenartige Eigenschaft, daß sie den Völkischen von Zeit zu Zeit
gerade in Momenten, in denen sie annehmen kann, daß es uns
unbequem wäre, planmäßig in den Rücken fällt.“ Wie
es scheint, betätigt sie diese Eigenschaft auch Persönlichkeiten in
leitender Stellung gegenüber, die mit ihr lebäugeln.

Juden raus!

Deutschnationaler Landesparteitag.

Der Landesverband Potsdam II der Deutschnatio-
nalen Volkspartei begann am Mittwoch unter Vorsitz des Grafen
Westarp seine diesjährige Tagung in Wilmersdorf. Die Versamm-
lung befaßte sich mit einer Reihe eingelaufener Anträge. Zunächst
wurde über die Frage entschieden, ob in die Organisation
Juden aufgenommen werden könnten oder nicht. Die Orts-
gruppe Wilmersdorf hatte hierzu folgenden Antrag gestellt: „Der
Landesverband stehe auf völkischem Boden und lehne die Aufnahme
von Juden ab.“

Hesse-Wilmersdorf begründete den Antrag damit, daß auch
andere Landesverbände bereits dazu übergegangen seien, in die
Statuten einen Paragraphen aufzunehmen, der die Aufnahme von
Juden verbiete. Würde man einen solchen Antrag ablehnen, das
bedeute Wasser auf die Mühle der Deutschvölkischen
Freiheitspartei, die erklären würde, daß die Deutschnatio-
nale Volkspartei nicht auf völkischem Boden stände.

Als Vertreter der Ortsgruppe wandte sich Dr. Radtke gegen
diesen Antrag, der sowohl sachlich als auch formelle Bedenken er-
regen müsse. (Widerspruch.) Es sei sehr fraglich, ob die Einfügung
eines solchen Paragraphen in die Statuten notwendig sein würde.
Der Judenparagraph sei bereits früher in einer Sitzung der
Parteivertreter abgelehnt worden, und diesem Beschluß müsse
auch der Landesverband Rechnung tragen, da sonst ein bedenklicher
Präzedenzfall geschaffen würde.

Graf Westarp erklärte, daß seiner Ansicht nach sich Juden nicht
im Landesverband befinden und auch nicht hineinkommen werden.
(Widerspruch.) Er für sein Teil würde jedoch für den Antrag
stimmen, nachdem Hannover, Hamburg, Bayern, Mecklenburg und
Pommern einen entsprechenden Paragraphen in ihre Statuten auf-
genommen hätten. Die Deutschnationale Volkspartei werde sich mit
dieser Tatsache abzufinden wissen. (Starker Beifall.)

Der Antrag Wilmersdorf wurde dann mit allen
gegen 5 Stimmen angenommen.

Im weiteren Verlauf der Tagung gab Westarp im Namen
der Gesamtpartei eine Erklärung ab, in der jedes weitere Angebot
Deutschlands in der Reparationsfrage als aussichtslos und
unmöglich bezeichnet wird.

Die Hamburger Putschisten.

Geldgeber und Hintermänner

Hamburg, 16. Mai. (Eig. Drahtber.) Ueber die aufgedeckten
Putschabsichten und deren Hintermänner erfahren wir folgendes: Die
besondere deren Hintermänner, erfahren wir noch folgendes: Die
Zentrale der republikfeindlichen Organisationen bildet in Hamburg
der „Bund der Niederdeutschen“. Leiter ist H. C. Bering,
der sich nach eigenen Angaben als „von Escherich beauftragter
Organisator der nationalen Bewegung im Norden“ betrachtet. Der
erste Geschäftsführer dieses Bundes, Oberst v. Roh, beschwerte sich
am 6. Juli 1922, daß ein Mitglied des Landbundes die B ü g e öffent-

lich verbreitet hat, „der niederdeutsche Bund habe sich vollständig
hinter die Regierung gestellt“.

Herr Bering eignet sich offenbar besonders dazu, Geldquellen
zu öffnen. Er machte nicht allein die Hamburger Großbanken und
Großbetriebe mobil, für das Konto „Siedlungsbund“ zu zeich-
nen, er lockt auch Deutsch-Chilenen und anderen Auslandsdeutschen
Edelvaluta aus der Tasche. Mit deutscher Papiermark rechnen die
Patrioten nicht mehr; so verpflichteten sich die Hamburger Groß-
banken zu Anfang des Jahres, jede einen Kopsanteil von 222 Dollar
zu zeichnen. Der General v. Morgen wollte in Lübeck 1000 Dollar
zusammenbringen, aber unter der Bedingung, daß er allein das
Verfügungsrecht über das Geld behalte. Geschäftstätigkeit sind die
nationalen Herren überhaupt. So bezieht der General v. Bedebur
außer seiner Pension noch ein Gehalt als Gauleiter. Da er außer-
dem noch in der Bering'schen Militäraltersangehörigkeit angestellt ist,
bekommt er seine bewährte Arbeitskraft also dreifach bezahlt. Bering
verstand es als Verwalter der Geldquellen, die anderen Rechtsver-
bände allmählich vor seinen Wagen zu spannen. So finanzierte er
den „Norddeutschen Heimatbund“, Leiter die Majore Sieveking
und Ennecerus, und die Organisation C, Leiter Kapitän-
leutnant Wende. Der „Norddeutsche Heimatbund“ ist die Fort-
setzung der Bahrenfelder Zeitfreiwilligen, die unter
Leitung des Helden Sieveking beim Rapp-Putsch das Hamburger
Rathaus für drei Stunden eroberten.

Die ganze Gesellschaft hätte wahrscheinlich schon lange los-
geschlagen, wenn sie untereinander ganz einig gewesen wäre. Früher
befanden zwei Richtungen: Escherich, zu der Bering hinget
und die militärisch durch die Generale Graf Schulenburg und Hell-
fried vertreten wird, und Lubendorff, für den im Norden
General Frhr. v. Batten, Sieveking und Ennecerus arbeiten, General
Hellfried schreibt von Lubendorff und Batten, daß „se rechts-
putschistische Absichten verfolgen“. Ennecerus fordert in
einer Sitzung in Kiel am 5. Oktober 1922 unerhüllt zum „Rechts-
initiativpußch“ auf. Am 2. November 1922 findet dann im Land-
wehrtasino in Hamburg eine gemeinsame Sitzung beider Richtungen
statt, in der die radikale Richtung Batten einen völligen Sieg
erringt.

Die Gültigkeit der bayerischen Volksgerichte.

Das Amtsgericht Hamburg hat dieser Tage in einer ein-
gehenden Begründung die Rechtsgültigkeit der bayerischen Volks-
gerichte bestritten. Der richterlichen Entscheidung liegt folgender
Sachverhalt zugrunde: Vor dem Volksgericht München I war gegen
eine in Hamburg wohnende Beschuldigte Anklage wegen schweren
Diebstahls erhoben. Da die Beschuldigte gebeten hatte, von der Ver-
pflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden zu
werden, hatte das Volksgericht das Amtsgericht Hamburg um Ver-
nehmung der Angeklagten ersucht. Dieses Ersuchen lehnte das
Amtsgericht Hamburg ab, wobei es die Rechts-
ungültigkeit des Münchener Volksgerichtes feststellte, da die
bayerischen Volksgerichte keine Gerichte im Sinne des Gesetzes,
sondern reichsrechtlich verbotene Ausnahmegerichte seien. Diese
Stellungnahme ist vom Amtsgericht eingehend begründet. Natürlich
hat die bayerische Regierung sofort eine offizielle Erklärung zur Er-
widerung losgelassen, in der behauptet wird, die bayerischen Volks-
gerichte seien „eingesetzt auf Grund der bayerischen Reservatrechte
nach dem Verfall der Bündnisverträge (I) von 1870 und des Art. 178
der Weimarer Verfassung“. Diese Begründung ist auch eine Be-
gründung. Leider kann sich die bayerische Regierung mit einem ge-
wissen Recht darauf berufen, daß die Reichsregierung die Existenz
der bayerischen Volksgerichte bisher stillschweigend ge-
duldet hat, wenngleich offiziös mehrere Male betont worden ist,
daß mit der Durchführung der Justizreform auch die
bayerischen Volksgerichte verschwinden müßten. Da aber
niemand weiß, wann die Regierung sich zur Einbringung der Justiz-
reform entschließen wird, so kann man, wenn auch nicht mit einer
rechtlich gültigen, so doch mit einer tatsächlichen Dauer der
Volksgerichte in Bayern vorläufig noch rechnen. Denn was im
übrigen Reiche „rechts“ ist, ist in der „Ordnungszelle“ noch
lange nicht rechts.

Die österreichischen Eisenbahnen sollen in einem eigenen Wirt-
schaftskörper mit der Eigenschaft einer juristischen Person umge-
wandelt werden.

heit und Geschlossenheit des Lebens wird wiedergewinnen müssen, die
die Natur überall dort verleiht, wo die Seele Heimat hat und
dem Ich die Gnade der Gemeinschaft zuteil wird“, will er in einer
Bereinigung Deutschlands mit Rußland sehen; denn in Rußland
„durchleide der Einfältigste wie der Geistigste aus eigenem Blute
den Gegensatz Europa-Asien“. Mit diesem Zukunftsbild schließt das
Buch, das die tragische Situation Europas wie des einzelnen, um
den Sinn seines Lebens ringenden Menschen wie kaum ein zweites
Wert des letzten Jahrzehnts offenbar. Lessing ist viel zu ehrlich,
um nicht selbst auf die Widersprüche und Antinomien seiner Welt-
anschauung aufmerksam zu machen. Daß er diese Antinomien be-
jaht und sie nicht schönrednerisch verbirgt, macht sein
Buch besonders wertvoll: es ist phrasenlos. Er sucht nach
einem Gleichgewicht, nach jenem Gleichgewicht, dem jeder
denkende Mensch zustrebt: der Balance zwischen Ich und Du,
zwischen Wollen und Vollbringen, zwischen Wissen und Sein —
nach dem Augenblick, der Ewigkeit ist, und der Ewigkeit, die sich
im Augenblick erfüllt, die kein System ignort, sondern die täglich neu
erkannt werden muß. Man stellt sich das Buch handgerecht; es
gehört zu jenen, die niemals alt werden können, die man mit Nutzen,
nicht um zu wissen, sondern um sein Leben zu gestalten, immer
wieder liest.

D. E. Hesse.

1376 Billionen Stat-Kombinationen. Unter allen Kartenspielen
ist der Stat wohl am bestbelegtesten. Warum, läßt sich ohne weiteres
nicht beantworten, sicher aber liegt nicht der geringste Reiz des
Statspiels in der unerhöplichen Fülle der Kombinationen, die es
zuläßt, wenngleich sie noch nicht einmal so groß ist wie etwa beim
Whist. Immerhin ist sie, wie eine kleine mathematische Rechnung
lehrt, so gut wie unermesslich. 32 Karten werden unter drei Spielern
verteilt und zwei bleiben im Stat. Die Verbindungen je zweier
Elemente von 32 gegebenen betragen 496. 496mal also kann der
Stat verschieden ausfallen, und nach 496 Spielen werden wahr-
scheinlich wieder dieselben Karten im Stat liegen. Von den übrigen
30 Karten kann nun bei einem und demselben Stat der erste Spieler
30 045 013mal verschiedene Karten bekommen, während sich die an-
deren 20 auf den zweiten und dritten Spieler so verteilen, daß sie
unter sich wieder die Karte 184 756mal wechseln können. Da nun
auf jeden liegenden Stat 30 045 013 mögliche Spiele der Vorhand
bzw. 184 756 in der zweiten und dritten kommen, so ist, nach
Dr. Polaczek, die Zahl der überhaupt möglichen Fälle
1 376 645 204 282 320. Soviel Spiele sind also im ganzen denkbar.
Würden sich drei Mann hinsetzen, so würden sie erst nach 7850 Milli-
onen Jahren fertig sein.

Eine Sauerampfervergiftung. Während der Kriegszeit ist viel-
fach auch der Sauerampfer als „Widgenüß“, Ersatz für Spinat
und Salat, empfohlen worden. Jetzt berichtet ein Wiener Arzt,
H. Schönfeld, über einen Fall, der mahnen kann, wenigstens des
Guten nicht zu viel zu tun. Einige Knaben hatten, wie das ja wohl
auch bei uns vorkommt, beim Einsammeln des Widgenüßes ein
Betteltes veranfaßt, und einer hatte dann mehrere Hände frisch
gepflückten Sauerampfer hinuntergeschluckt. Die Folgen waren he-
ftige, krampfartige Leibschmerzen, Erbrechen, Fieber, Pulsstörungen

usw., in den schmerzfreien Pausen trat eine auffallende Schläffigkeit
ein. Nach einer Woche erfolgte langsame Genesung, aber die Puls-
unregelmäßigkeiten hielten sich noch längere Zeit. Man ist natürlich
geneigt, in erster Linie die im Sauerampfer enthaltene Oxalsäure
für die Erkrankung verantwortlich zu machen, vielleicht auch wirken
noch andere unbekannt Stoffe mit. Da aber der Sauerampfer schon
lange vor dem Kriege vielfach gegessen wurde, ohne daß schädliche
Folgen eintraten, und man überhaupt nur wenige Fälle von Vergif-
tungen festgestellt hat, wird es sich wohl um eine Ausnahme-
erscheinung handeln, eine sogenannte Idiosynkrasie. Es gibt Men-
schen, die gewisse Dinge, die von den meisten anderen unbedenklich
gegessen werden, nicht vertragen.

Fischposten von ungewöhnlicher Länge. Die Fischpost,
die früher in Romonen eine größere Rolle spielte als in der Wirt-
schaft, wird neuerdings zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet,
besonders um den Lauf von Meeresströmungen zu verfolgen. Bei
dem hydrographischen Amt zu New York ist jetzt eine
solche Fischpost eingelaufen, die ein Jahr gebraucht hat, um den
Atlantischen Ozean zu überqueren. Sie ist am 24. Februar 1922
von dem englischen Dampfer „Bloomfield“ 350 englische Meilen
südlich von New York ausgeworfen worden und wurde an der
südlichen Küste Islands am 14. Februar 1923 aufgelesen. Die
Fische enthielt weder nichts als einen gedruckten Zettel mit der
Mitteilung, daß es sich um wissenschaftliche Untersuchungen zum
Besten der Schifffahrt handelte, weshalb der Finder ersucht werde,
die Fische an das hydrographische Amt zu New York einzuliefern.
Sie hatte eine Reise von 3000 Seemeilen hinter sich und
war mit einer Geschwindigkeit von 8 Meilen täglich geritten.
Vermutlich hatte der Golfstrom die Schnelligkeit gefördert, denn
andere Fischposten der letzten Zeit brachten es nur auf fünf bis
sechs Meilen täglich. Im August 1919 wurden in der Fundy-Bay
in Kanada vier Fischposten der See übergeben: die erste fand
man nach genau einem Jahre auf den Azoren, die zweite im Januar
1921 in den Azoreninseln, die dritte im März 1921 an der Küste von
Wales, die vierte im Juli 1921 an der Küste von Norwegen. Eine
Schwierigkeit ist allerdings, daß man nie genau wissen kann, wie
lange die Fische schon an der Landungsstelle gelegen hat, ehe man
sie auffischt.

Das „patriotische“ Nimmgeschick. Nachdem die Friedrichs-Regi-
mante (unter einem ungarischen Managere) die Patrioten ausgebeutet
haben, wollen andere Rüstherber die Konsumtur weiter ausbauen. In
Breslau hat sich eine „Wotan (dt. Wambau) Deutsche Film- u. A.“ ge-
bildet. Als erstes Unternehmen plant sie die „Schreiungskriege“ (I. aus Löwener
Zeit. II. Das Volk steht auf). Als dritten Teil schlagen wir vor: Das
Volk wird betrogen.

Das II. Deutsche Wad-Netz der Neuen Dach-Gesellschaft wird vom
23. bis 25. Juni 1923 in Leipzig stattfinden. Das Netz ist zugleich die
200-Jahr-Feier der Verlegung Bachs in das Amt des Kantors in der Thom-
schule. Anträgen an die Geschäftsstelle der Neuen Dach-Gesellschaft (Leip-
zig, Rühlberger Str. 36).

Geldtransport in Flugzeug. Die größere Diebstahlsicherheit, vereint
mit bedeutender Schnelligkeit, läßt das Flugzeug als das geeignetste Trans-
portmittel für Sendungen von hohem Werte erscheinen. Mit einer be-
sonders lotharischen Last hat dieser Tage ein Daimler-Flugzeug die Fahrt
von London nach Holland zurückgelegt; es führte Goldbarren im Werte
von 100 000 Pfund mit sich.

Notlage im Ruhrgebiet.

Dortmund, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Zeche „Kaiserstuhl II“ trat die Belegschaft am Mittwoch in den Streik. Die Belegschaft fordert eine Abschlagszahlung von 200 000 M., deren Zahlung abgelehnt wurde. Ein Trupp von ungefähr 100 Mann zog nach der Schachtanlage „Kaiserstuhl I“, stürmte den Zechenplatz und das Maschinenhaus. Ein Teil der Streikenden erging sich dann die Einfahrt in den Schacht und holte die Untertagearbeiter heraus, so daß nun auf beiden Schächten die Arbeit ruht. Zweck Besetzung des Streiks hat der Reichskommissar sofort Verhandlungen angeleitet.

Die Belegschaft der Elektrizitätswerke und des Verbandes der Elektrizitätswerke in Krutal ist ebenfalls in den Streik getreten, weil ihrer Forderung auf Zahlung einer Wirtschaftshilfe nicht entsprochen wurde. Der von den Organisationen angenommene Schiedsspruch, der für die erste Hälfte Mai 12 Proz. Lohnerhöhung vorsah, genügt der Belegschaft nicht. In den zur Besetzung des Streiks eingeleiteten Verhandlungen erklärte sich die Betriebsleitung bereit, zunächst 100 000 M. Vorschuß zu zahlen, über dessen Berechnung nach Rückkehr der abwesenden Gesamtbelegschaft die Werte verhandelt werden soll. Die Wiederaufnahme der Arbeit macht die Belegschaft von der Bezahlung der Streikschicht abhängig.

Die Belegschaft der Gas- und Wasserwerke in Dortmund führt gleichfalls zurzeit eine Lohnbewegung. Sie fordert aus Anlaß der enormen Teuerung die sofortige Zahlung eines Vorschusses. Auch hier sind Verhandlungen eingeleitet.

Essen, 16. Mai. (Mitb.) Die Lebensmittelpreise weisen im Ruhrgebiet in den letzten Wochen im wesentlichen höheren Maße als in den übrigen Gebieten eine stark steigende Tendenz auf. So sind in den letzten Wochen die Gemüsepfeile um 100 bis 300 Proz. in die Höhe geschwenkt, was zum Teil auf die schlechten Zufuhrmöglichkeiten und die schwierige Herbeibringung von Waren aus Holland zurückzuführen ist. Die Fleischpreise sind seit dem 7. Mai um etwa 12 Proz., die Kartoffelpreise um 80 Proz. gestiegen.

Bochum, 16. Mai. (Mitb.) Nachdem die Franzosen in der vergangenen Woche durch Unterbindung des Eisenbahnbetriebes von der Zeche Karolinenfeld zum Bochumer Verein den Betrieb des Bochumer Vereins für Bergbau und Gießereifabrikation empfindlich gestört hatten, haben sie neuerdings mit einem Pioniertrupp die Bahnverbindung zwischen der Zeche Karolinenfeld und dem Hüttenwerk des Bochumer Vereins durch Herausnahme eines Herzhüdes vollständig unterbunden. Die Stelle wird militärisch bewacht. Der Betrieb des Hüttenwerks droht dadurch stillgelegt zu werden. Damit würde den 23 000 Arbeitern und Angestellten des Werkes das Brot genommen. In eine bedrohliche Lage käme gleichzeitig auch das Höntruper Walzwerk, das vom Bochumer Verein beliefert wird. Bei einer Stilllegung dieses Werkes würden abermals 10 000 Arbeiter brotlos.

Bonn, 16. Mai. (Mitb.) Die V.R. hat dem Bürgermeister von Bonn sowie den Landräten von Bonn-Land und Euskirchen eine Verordnung zugestellt, wonach in den Kreisen Bonn-Land und Euskirchen und in der Stadt Bonn jeder Verkehr mit Kraftwagen und Motorrädern untersagt ist. Als Grund des Verbotes wird die Verübung von Sabotageakten angegeben.

Befehlschronik.

Ludwigshafen, 16. Mai. (Mitb.) Von der französischen Befehlsbehörde wurden neuerdings 120 Eisenbahnerfamilien aus dem Bereich der Eisenbahndirektion Ludwigshafen mit 24stündiger Frist ausgewiesen.

Oberhausen, 16. Mai. (Mitb.) In Oberhausen wurde das Anschlagsfeld der Gutehoffnungshütte von den französischen Truppen aufgerissen. Wegen Sprengung der Osterfelder Brücke hat die Befehlsbehörde den Bürgermeister von Osterfeld und den dortigen Beigeordneten Dr. Vöhring als Geiseln verhaftet. Desgleichen den Eisenbahnvorsteher Vater und 4 Assistenten wegen der Brückensprengung bei Bippolthausen.

Düsseldorf, 16. Mai. (Mitb.) An der Revisionsbegründung im Krupp-Prozess sind die Rechtsanwälte Dr. Grimm-Essen, Dr. Bräutigam-Düsseldorf und Wörzand beteiligt. Krupp befindet sich in Einzelhaft, doch ist es ihm gestattet, mit den Direktoren in Verbindung zu treten. Die Revision wird nach französischem Recht in Abwesenheit der Angeklagten begründet werden. Das Revisionsgericht entscheidet mit einer Befehlsbehörde von fünf Richtern unter dem Vorsitz eines Generals.

Köln, 16. Mai. (TL.) Die am 15. Mai verbreitete Meldung, daß die Stadt Bannep unter persönlicher Haftung des Oberbürgermeisters wegen der vor einigen Tagen erfolgten Beschießung der Bahnhofswache in Bannep zu 200 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden sei, trifft, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht zu.

Düsseldorf, 16. Mai. (TL.) Auf Befehl der französischen Befehlsbehörden mußten über 40 Eisenbahner mit ihren Familien ihre Dienstwohnungen räumen.

Abänderung der Reichsmilchverordnung.

Sicherstellung der großstädtischen Milchlieferung.

Das Reichsernährungsministerium verbreitet folgende Meldung: Das Ministerium erläßt eine Verordnung zur Abänderung der Reichsmilchverordnung vom 30. April 1921, durch die insbesondere die Vorschriften des § 5 über den

Lieferungszwang

gewisser Molkereien und kuhhaltender Betriebe mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Milchviehbestände um ein weiteres Jahr verlängert werden. Sodann wird zur Klarstellung rechtlicher Zweifel § 2 der Reichsmilchverordnung durch Aufnahme einer Vorschrift ergänzt, nach der grundsätzlich auch die Herstellung von Dauer Milch verboten ist. Das Ministerium wird Ausnahmen von diesem Verbot auch künftig nur dann zulassen, wenn die Milchmischungsverordnung der Bedarfsgebiete sichergestellt und Gewähr dafür gegeben ist, daß die aus inländischer Vollmilch hergestellte Dauer Milch nicht zu gewerblicher Verarbeitung von Luxuslebensmitteln verwendet wird. Ferner werden die in § 2 der Reichsmilchverordnung enthaltenen Verbote, Vollmilch und Sahne in Molkereien, Bäckereien usw. zu verarbeiten und Schlagsahne oder Kaffeisahne herzustellen, auch auf Vollmilch und Sahne von Ziegen und Schafen erstreckt, um Zuwiderhandlungen bei polizeilichen Kontrollen entsprechende Einwände zu nehmen. Die Erfahrungen des letzten Winters haben ferner gezeigt, daß in gewissen Bedarfsgebieten, insbesondere in den Großstädten und Industriezentren, auf eine

Strenge kommunale Milchverteilungsregelung

nach nicht verzichtet werden kann. Aus diesem Grunde erläßt § 3 der Reichsmilchverordnung eine teilweise Neufassung und Ergänzung. Nach dieser Mitteilung wird man den Wortlaut der angeführten Verordnung abwarten müssen, ehe man über sie ein endgültiges Urteil fällen kann. Was über die Vorverhandlungen bisher bekannt geworden ist, war nicht allzu ermutigend. Insbesondere aus der Fassung geht hervor, daß es sich vermutlich um ein lenken-

Außenpolitische Debatte im Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages führte

Abg. Müller-Franken (Soz.)

in seiner Rede über das Reparationsproblem weiter aus:

Es ist kein Zweifel, daß in bezug auf die Endsumme zwischen der deutschen und der englischen Auffassung ernste Unstimmigkeiten bestehen. Aber wenn ich mir die verschiedenen Berechnungen über den Gegenwartswert des deutschen Angebots und der englischen Forderungen ansehe, dann habe ich die Ueberzeugung, daß die Ziffern, auf die es ankommt, nicht so weit auseinandergehen, daß der Weg des Entgegenkommens nicht beschritten werden könnte, wenn auf beiden Seiten der ernste Wille dazu vorhanden ist. Wir dürfen bei einem deutschen Angebot nicht aus den Augen lassen, daß die von Deutschland unter irgendwelchen Modalitäten aufzubringenden Summen groß genug sein müssen, um den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in Frankreich und Belgien zu garantieren. (Sehr richtig! links.) Im Rahmen des deutschen Angebots muß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete herbeigeführt werden. (Zustimmung links und b. d. Dem.) Es kommt, wie ich bereits am 16. April betonte, nicht nur auf die Endsumme an, ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, sind die Modalitäten, unter denen die Zahlungen erfolgen sollen. So wie die deutsche Wirtschaft jetzt beschaffen ist, kann in den ersten beiden Jahren eine Annuität aus Deutschland selbst nicht herausgezogen werden, es muß der Weg der Anleihe gesucht werden. Uns erwächst die Aufgabe, alles zu tun, was zu einem Zahlungsplan führen und die Anleihen sichern kann. Eine solche Lösung ist ohne

substantiierte Garantien

nicht zu finden. (Sehr wahr! links.) Bedauerlicherweise läßt die deutsche Note gerade in diesem Punkte Konkretes vermissen. Gerade die französische und belgische Regierung legen Wert darauf, über diese Garantien etwas zu erfahren. Unsere Zölle, die wir auf Goldbasis erheben, sind doch ein Faktor, der etwas bedeutet, wenn man dem Gegner konkret sagt, daß man bereit ist dieses Pfand als Annuität zur Verfügung zu stellen. Wir müssen auch wieder dahin kommen, daß die Eisenbahn, wie in Friedenszeiten, eine Milliarde Goldmark Uberschuß abwirft. Dieser Uberschuß könnte auch in den Kreis der Erörterung gezogen werden, wenn es sich um die Substantiierung der Garantien handelt. Man könnte schließlich auch von den Einnahmen des Brauntweinmonopols reden. Vor allen Dingen aber glaube ich, daß, nachdem die Noten der diversen alliierten Regierungen eingegangen sind, es auch an der Zeit ist, etwas konkreter zu werden in bezug auf die Garantie, die Industrie, Landwirtschaft, Banken und Handel geben sollen. Man behauptet, der Reichstagsler hätte Briefe von Führern der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken in der Tasche, die ihm diese Garantie der Wirtschaft zur Verfügung stellen. Aber solche Privatbriefe mögen noch so blisfontfähige Unterschriften tragen, sie sind nicht das, was wir brauchen. Wir müssen einen Schritt weitergehen und uns darüber klar sein, daß es an der Zeit ist,

die notwendigen gesetzgebenden Vorbereitungen

zu treffen, damit wir auch in diesem Punkte etwas Konkretes in die Tasche werfen können. Ich frage die Regierung, ob sie zu solchen Schritten Vorbereitungen getroffen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß meine Parteifreunde seit mehreren Jahren die Forderung vertreten, daß es zu einer Erfassung der Sachwerte kommen soll. Es ist uns immer gesagt worden, der Zeitpunkt dazu wäre gekommen, wenn die Endlösung der Reparationsfrage in Sicht sei und eine endgültige Abgrenzung unserer Verpflichtungen getroffen würde. Ich halte es in der gegenwärtigen Situation an der Zeit, daß die Parteien, die diese Auffassung vertreten, dem An- und Zustande sagen, daß sie bereit sind, auf diesem Gebiete mitzumachen, weil ich glaube, daß damit einer der Schritte getan ist, die uns wirklich etwas vorwärtsbringen können. (Zustimmung b. d. Soz.) Wir sollten aus Eigenem heraus alles tun, was wir können, um zu einer Befriedung der Verhältnisse zu gelangen. Notwendig erscheint mir auch, daß die Regierung die Initiative zu

Verhandlungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden über die verträglichen Rufs- und Kohlenlieferungen

ergreift. Wir dürfen diese Sache nicht der Industrie Frankreichs und Deutschlands überlassen, sondern müssen auch hier zu konkreten Plänen kommen, wenn wir nicht eines Tages von Diktatoren überfallen werden wollen. Wir müssen auch in der Frage der politischen Sicherungen konkreter werden, wenn wir die Unterkontrollstellung der Eisenbahnen im besetzten Gebiet, wie sie von der französischen und belgischen Regierung geplant ist, verhindern wollen. Wir dürfen uns nicht, wie in der letzten deutschen Note darauf beschränken, auf die Rede des Reichstagslers hinzuweisen, in der er über den Rheinpaß sprach. Wir müssen auch hier konkrete Formulierungen geben, die insbesondere eine

Befriedung der Verhältnisse am Rhein

bringen sollen. Wenn man Bedenken wegen des Saargebietes hat, dann hätte man in einem Nebenabkapitel feststellen können, daß ganz selbstverständlich das, was im Versailler Vertrag über das Saargebiet festgesetzt ist, nicht von einem solchen Rheinpaß berührt wird. Wir sind uns, glaube ich, alle darüber klar, daß das Ziel der Verhandlungen die

Räumung der Ruhr in kürzester Frist

sein muß. (Zustimmung allseitig.) Die Franzosen müssen auf die Probe gestellt werden, ob es sich bei ihnen wirklich nur um eine Wiedernahme handelt, wie sie in jeder Note behaupten. Die Massenauweisungen zeigen, daß es sich nicht nur um ökonomische Fragen handelt, sondern daß machtpolitische Pläne dahinterliegen. (Zustimmung im ganzen Hause.) Die Rheinlandkommission hat sich zu einer reinen Willkürinstanz entwickelt. (Erneute lebhafteste Zustimmung im ganzen Hause.) Ich hoffe, daß das englische Unterhaus, das sich eben mit den Verhältnissen im Saargebiet beschäftigt hat, auch einmal mit der Rheinlandkommission befaßt. Ich glaube, daß in diesem Falle die englische Ehre noch weit mehr engagiert ist als im Saargebiet. (Zustimmung sehr richtig!) Die rheinische Bevölkerung hat in den letzten Wochen das Schwerkste ertragen, was jemals ein Volk im Frieden zu erleiden hatte. Wir danken ihr, daß sie sich trotzdem nicht zum aktiven

lahmes Kompromiß handeln wird und daß voraussichtlich die bei den heutigen Verhältnissen unentbehrlichen energischen Maßnahmen gegen den wilden Butterhandel und die damit verbundene Preistreibelei auch für die Milchmischerei gelten. Insbesondere können die Großstädte, wie die Erfahrungen nicht nur in Berlin zeigen, nicht darauf verzichten, daß die kommunale Milchbewirtschaftung, die schon aus hygienischen Gründen unentbehrlich ist, auf eine rechtlich gesicherte Grundlage gestellt wird. Wir werden nach Veröffentlichung der Verordnung auf sie zurückkommen.

Aus der Arbeit des Staatsrats.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Preussischen Staatsrats wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Erschließung der Elbinsel Wismarburg — 48 Millionen Mark — beraten. Der Staatsrat stimmte der Vorlage bezüglich des Bestenfalls — Ausbau des Reihertiepes und der Rette, 28 Millionen — zu, lehnte dagegen die Vorlage bezüglich des Mitteltes ab — Bau eines Kanals quer durch den Mittel der Insel, 20 Millionen Mark. — Der Berichterstatter führte aus, daß die Vorlage den Aufstakt zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage bedeute.

Widerstand hat verteilen lassen. Ich hoffe, daß die deutsche Regierung keinen Anteil hat an den Bewegungen und an den Deuten, die mit der Dynamik in den besetzten Gebieten herumreisen. Mit solchen Taten ist der rheinischen Bevölkerung nicht gedient, und sie bringen nur die Gefahr neuer Bedrohungen für die rheinische Bevölkerung mit sich. (Zustimmung links.) Zum Schluß bleibt noch zu bedauern, daß die deutsche Note nicht in demselben Maße auf die Weltpropaganda eingerichtet gewesen ist wie die belgisch-französische. Zum Zwecke der Propaganda behauptete Herr Poincaré, daß ein in Ermüdungszustand der deutschen Note zu moralischer, wirtschaftlicher, politischer und militärischer Renouveau Deutschlands führen wird. Wenn man der Revanche-Idee, die durch den Terrorismus der französischen Soldaten im besetzten Gebiet gestärkt wird, den Weg verriegeln will, soll man Deutschland endlich als gleichberechtigten Faktor anerkennen und seine Souveränität achten. (Zust. im ganzen Hause.) Als gleichberechtigtes Glied in der europäischen Völkervereinigung soll das deutsche Volk zur Erhaltung der Republik jedes Opfer bringen, das es irgendwie tragen kann. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) In besetzten Verhältnissen wird die Zahl der Revancheschreier immer kleiner, aber die Zahl derer immer größer werden, die das deutsche Volk durch Arbeit aus dem Jammer herausführen wollen, in den es durch den Weltkrieg gebracht hat. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft.

Abg. Lecht (B. Sp.) erklärt namens der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, daß diese den gegenwärtigen Augenblick als nicht geeignet betrachtet, zu den auf das deutsche Angebot eingegangenen Annahmen im Reichstag Stellung zu nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft lehne es daher ab, sich an der parlamentarischen Aussprache zu beteiligen. (Zustimmung hört, hört! links.) Sie spreche aber die vertrauensvolle Erwartung aus, daß die Reichsregierung den Weg geben werde, der in dieser wichtigen Entscheidung notwendig sei. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft. — Gelächter bei den Komm.)

Die Haltung der Deutschnationalen.

Abg. Hergl (Draht.) erklärt, daß bei allem Wunsch, die einmal angekündigten Fäden nicht endgültig abreißen zu lassen, man doch zu dem Resultat kommen müsse, daß durch die Antworten der Entente-Staaten für die deutsche Regierung keine Möglichkeit zu einer neuen Note gegeben sei. Die Regierung könne unmöglich eine feste Summe nennen, da sich in den letzten Monaten die Verhältnisse so geändert hätten, daß das, was im Januar möglich war, im April nicht mehr durchgeführt werden könne. Der Kardinalpunkt sei, den Ruheinfall durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen. Für uns könne es keine Rheinlandfrage, keine Frage der Internationalisierung der Rheinlande, aber auch kein Niederlegen der Waffen geben. Seine Partei sei zu den letzten Opfern bereit, aber sie wolle eine erträgliche Lösung, die uns das Leben lasse. In dem Augenblick, in dem die Regierung den Widerstand aufgibt, wird die Deutschnationale Partei in die entschiedenste Opposition treten.

Minister des Auswärtigen v. Rosenberg

bedauert, im gegenwärtigen Augenblick seinen Vorrednern nicht auf dem Gebiet der auswärtigen Politik folgen zu können und teilt mit, daß die Regierung mit dem Ernst und der Sorgfalt, die der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechen, in die Prüfung der Antwortnoten eingetreten sei. Das hohe Haus möge davon überzeugt sein, daß die Regierung sich ihrer schweren Verantwortung bewußt und nur von dem Wunsche erfüllt sei, den ihr nach Pflicht und Ueberzeugung das Interesse von Volk und Vaterland vorschreibt.

Abg. Roenen (Komm.) spricht von der unmittelbar bevorstehenden Gefahr eines neuen Krieges, beschuldigt die deutsche Bourgeoisie, daß sie die Ruhrbesetzung zu einem Schacher mache, fordert die Aufhebung des Seeverkehrsverbots der kommunistischen Hundertschaften und erklärt, daß nur eine Arbeiterregierung Hilfe bringen könne, darum: Fort mit der Cuno-Regierung!

Abg. Wulle (Deutschnat.) schimpft über die deutsche Geheimdiplomatie, die schlimmer sei als zu Wilhelms Zeiten und die, ohne das deutsche Volk zu fragen, vollendete Tatsachen schaffe, über Leben und Tod entscheide und Noten ausdebe, die politischer Selbstmord sind. Die Diplomaten schauten unentwegt nach dem Westen, während es doch möglich wäre, gerade im Osten und Südosten mehr politische Aktivität zu entfalten.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag der Kommunisten auf Aufhebung des Seeverkehrsverbots wird abgelehnt und die drei Hausballen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen; ebenso drei Gesetzentwürfe, unter denen sich auch der über den Verkehr mit unedlen Metallen, Edelsteinen und Perlen befindet.

Das Reichsbedarfsgesetz, nach dessen Bestimmungen 40 000 Hektar Land zur Anflodung von vertriebenen Deutschen von den Handelsvereinigungen zur Verfügung gestellt werden sollen, wird nach längerer Beratung in zweiter und dritter Lesung angenommen und die Vorlage über die Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Präsident Ebbé

erhält die Ermächtigung, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen und schließt die Sitzung mit folgender Ansprache, die das Haus lebend anhört:

Eine Anzahl von Mitgliefern des Reichstages schließt sich an, nach Frankfurt a. M. zu reisen, um dort am 18. Mai der Erinnerungsfest an die erste Sitzung der ersten Nationalversammlung beizuwohnen. Es handelt sich dabei nicht um ein fröhliches Fest — dazu sind die Zeiten zu ernst —, sondern um ein ernstes Gedenken an die großen Männer der Paulskirche, die 1848 für Einheit und Freiheit eines Deutschen Reiches auf demokratischer Grundlage eingetreten sind. Nur ein Teil dieser Ideale ist bisher erfüllt. Noch immer ringen wir um Einheit und Freiheit des Deutschen Reiches. Deshalb begleiten wir die Veranlassung mit unserer Sympathie und senden der Stadt Frankfurt a. M. und den dort verammelten Männern unsere solidarischen Grüße. (Zustimmung allseitig.)

Zustimmung fand weiter das Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt mit einer Reihe von Gemeindeauschuss und vom Verfassungsausschuss vorgeschlagener Änderungen. Auch der Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel — 35 Milliarden — für den Ausbau des Erz- und Eisenraus am neuen Binnenhafen in Emden.

Zu einer Neuordnung der Verfassung der preussischen Reichstags-Verfassung und zu einer Neuordnung der preussischen Landesverfassung nahm der Ausschuss folgenden Antrag an: 1. Der Staatsrat erklärt in den mitgeteilten Grundrissen einer Neuordnung der preussischen Verfassung die Verfassung des Reiches. Deshalb begleiten wir die Veranlassung mit unserer Sympathie und senden der Stadt Frankfurt a. M. und den dort verammelten Männern unsere solidarischen Grüße. (Zustimmung allseitig.)

Schließlich stimmte der Staatsrat noch dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Landeswahlgesetzes zu und beschloß, möglichst weitgehende Uebereinstimmung mit dem Reichsgesetz herbeizuführen. Nächste Sitzung Freitag 10 1/2 Uhr.

Staatshilfe für Niederschlesien. Die preussische Staatsregierung hat zur Widmung der Rot der durch die letzten Hagelschläge in der Provinz Niederschlesien Geschädigten den Betrag von 100 Millionen bereitgestellt.

Gewerkschaftsbewegung

Berliner Gemeindeföhne.

Die Verhandlungen des Lohnartikels mit dem Magistrat am 16. Mai zeitigten nachstehendes Ergebnis:

	n. 1.-18. u. 19.-31. 5.		
	21.	24.	
1. Ungelernte Arbeiter:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	1041	1806	
21	1176	1578	
24 Jahre	1225	1642	
2. Angelernte Arbeiter:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	1065	1429	
21	1201	1613	
24 Jahre	1252	1631	
3. Handwerker:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	1110	1492	
21	1254	1635	
24 Jahre	1307	1755	
4. Jugendliche:			
14 Jahre	244	329	
15	389	493	
16	551	738	
17	735	985	
5. Mindererwerbsfähige:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	893	1117	
21	940	1261	
24 Jahre	980	1318	
6. Ungelernte Arbeiterinnen:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	676	905	
21	764	1023	
24 Jahre	796	1065	
7. Angelernte Arbeiterinnen:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	745	1000	
21	841	1130	
24 Jahre	876	1176	
8. Qualifizierte Arbeiterinnen:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	777	1044	
21	879	1170	
24 Jahre	915	1229	
9. Jugendliche:			
14 Jahre	150	218	
15	230	320	
16	358	490	
17	477	658	
10. Mindererwerbsfähige:			
über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre	541	724	
21	611	818	
24 Jahre	637	852	
Frauenbeihilfe	75 R.	Kinderbeihilfe	75 R.

Da eine endgültige Berechnung in dieser Woche nicht mehr vorgekommen werden kann, werden Vorschläge gezahlt. Die Entscheidung über die endgültige Annahme trifft heute die Große Tarifkommission des Lohnartikels.

Die Teuerungszuschläge auf die Beamtengehälter.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter sind am Mittwochabend zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Der Teuerungszuschlag wurde von 942 Proz. auf 1220 Proz. für die erste und auf 1700 Proz. für die zweite Hälfte des Monats Mai festgesetzt. Der Frauenzuschlag erhöht sich von 12000 auf 16000 R. Der formelle Abschluss der Verhandlungen wird erst heute nachmittag erfolgen. Zur gleichen Zeit beginnen die Beratungen über die Neuregelung der Grundgehälter. Die Gewerkschaften fanden sich mit dieser Regelung nur unter Protest ab.

Die U.L. führt die gestrigen verkrühten Angaben über eine erfolgreiche Regelung darauf zurück, daß das für die Staatsarbeiter erzielte Ergebnis automatisch auf die bisherigen Beamtengehälter übertragen worden sei. Die Geo-Korrespondenz, der wir die Meldung im gestrigen Morgenblatt entnahmen, hatte fälschlich angenommen, daß die Verhandlungen im Laufe des Dienstagabend zu Ende geführt worden seien.

Der Streik in den Berliner Konditoreien.

Gestern traten die Konditoren Berlins in den Streik. Ihre Geduld und Langmut, die auf eine harte Probe gestellt wurden, waren zu Ende. Seit vier Monaten hat die Berliner Konditoreninnung es verstanden, den Abschluß des Manteltarifs zu sabotieren. Dreimal hat der Schlichtungsausschuß in der Angelegenheit verhandelt und zweimal der Demobilisierungskommission, der wiederum die Verbindlichkeit abgelehnt und damit den Streik unvermeidlich machte.

Die Innung hatte den Tarif gekündigt und erklärt, daß, wenn sie keine Kampforganisation sei, einen neuen Tarif nicht abschließen. Darauf schloß sich ein Teil der Inhaber der Großkonditoreien zu einem Verband der Konditorenbesitzer Berlins zusammen, der allerdings nur ein loses Gebilde war. Mit letzterem wurde mit vieler Mühe ein Manteltarif abgeschlossen, der an sich schon einige Verschlechterungen des alten Manteltarifs brachte. Die Konditorenzwangsinnung weigerte sich trotzdem nach wie vor, einen Tarifvertrag abzuschließen, worauf der Schlichtungsausschuß sie verurteilte, den alten Tarif bis zum 31. Dezember

weiterlaufen zu lassen. Die Innung lehnte den Schiedspruch ab. Der Demobilisierungskommission erklärte ihn nicht für verbindlich, weil die größeren Konditoreien nicht wirtschaftlich günstiger gestellt werden könnten als die kleinen und dies auch im Interesse der Einheitlichkeit der Arbeitsverhältnisse unzulässig sei.

Der Demobilisierungskommission empfahl, der Schlichtungsausschuß nochmals anzurufen und von diesem den Verbandstafel auch für die Innung festlegen zu lassen, den er dann für rechtsverbindlich erklären würde.

Der Schlichtungsausschuß hat dann mit Zustimmung der Vertreter der Innung den an sich schon verschlechterten Verbandstafel noch weiter in einem Punkt verschlechtert. Trotzdem hat auch der Demobilisierungskommission diesen weiter verschlechterten Tarif nicht für verbindlich erklärt, weil er für die kleineren Geschäfte noch einen größeren Abbau, namentlich in Punkte Ferien, für wünschenswert erklärte.

Das sonderbare Verhalten des Demobilisierungskommissionars, der in der Streikversammlung als „Abbau-Demo“ bezeichnet wurde, wird vielleicht noch besonders beleuchtet werden können. Die Konditoreninnung hat auf Empfehlung des Demobilisierungskommissionars ihren Standpunkt, keinen Tarif abzuschließen, verlassen. Sie hat aber dann der Organisation einen Tarif vorgelegt, bei dem nur noch der Name übrig blieb. Fast alle bisherigen Erzeugnisse waren entweder gänzlich gestrichen oder auf ein Minimum herabgedrückt. Alle Rechte hatte nur die Konditoreninnung. Es war ein Abbau jener Tarife, die die Gelben in einigen Gegenden Deutschlands als „Erfolg“ buchen können. Dazu war noch ein Dreiklassenlohntarif, bei dem die Innungsschwarzmaier sogar über die Taschen anderer verfügten, bei denen für die Kleinen lächerlich geringe und für die Großen recht hohe Lohnsätze vorgesehen waren, ohne die Großen überhaupt gefragt zu haben. Letztere denken nicht daran, diese Lohnsätze zu bezahlen, sondern wollen nur den weit niedrigeren Tarif für das Kaffeehausgewerbe bezahlen.

Mit voller Absicht haben hier die Konditorenbesitzer einen heillosen Wirrwarr in die ganzen tariflichen Verhältnisse hineingebracht, um das Personal durcheinanderzubringen und zu entzweien. In ihrem famosen Tarifabschluß haben sie sämtliches Küchenpersonal, das Bedienungspersonal und die Hilfsarbeiter übergeben.

Diese und andere hinterhältigen Provoaktionen mühen die Arbeiterschaft in den Streik hineintreiben. Die Schwarzmaier des Gastwirtschaftsberufes von Berlin, aber auch die Schwarzmaier der Konditoreien aus dem Reich haben ein gerüttelt Maß voll Schuld an diesen Vorgängen.

Die beiden Streikversammlungen haben einen so vorzüglichen Geist dokumentiert, daß der sicherlich nicht leichte Kampf gute Aussichten auf Erfolg eröffnet.

Die Mehrzahl der Konditoreien hat geschlossen. Im Betriebe des Obermeisters war schon die Schupo postiert, bevor die Streikposten ihren Dienst antraten. Die Streikenden treten heute um 1 Uhr in den Restdienst zusammen, um den Kampf in verstärktem Maße fortzusetzen.

Angestellten tarif der Berliner Metallindustrie!

Nach fast einjährigen Verhandlungen ist am 16. Mai der Rahmentarif für die Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie von allen Tarifvertragsparteien unterschrieben worden. Er gilt vom 1. April 1923 bis zum 31. Dezember 1924.

Vollständige Druckexemplare sind zum Preise von 250 R. ab 24. Mai beim Ortsrat des A.M. Bundes, Reinickendorfer Str. 113, sowie in den örtlichen Geschäftsstellen des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Deutschen Betriebsratverbandes erhältlich.

Achtung, Zimmerer!

Unsere letzte Zahlstellenverammlung hat die Lohnerböschung von 8,5 Proz. für die zweite Halbjahr abgelehnt. Die Arbeitgeber wurden am nächsten Tage um eine neue freie Verhandlung ersucht. Sie lehnten diese ab, worauf wir verlangten, sofort das Bezirkslohnamt tagen zu lassen. Der unparteiische Vorsitzende nahm den 17., 18. oder 19. Mai hierfür in Aussicht; auch dies lehnten die Arbeitgeber mit der Begründung ab, vor den Feiertagen zum Verhandeln keine Zeit zu haben. Erst am 24. Mai wollten die Arbeitgeber vor dem Bezirkslohnamt erscheinen.

Der Vorstand.

Die Löhne in der Berliner Friseurgewerbe.

Mit Wirkung ab 17. Mai wurden folgende Mindestwochenlöhne vereinbart: für Herrenfriseure und für Damenfriseurinnen (mit dreijähriger Lehrzeit oder Berufstätigkeit) 82 500 R., für Damenfriseurinnen 88 500 R., für Gehilfen und Gehilfinnen unter 20 Jahren je 2800 R. weniger; für Haararbeiter und Arbeiterinnen 24 850 R., qualifizierte 35 450 R., Einrichter und Präparateur 39 400 R., für Handhilferinnen 22 500 R.

Die Löhne für Ausschilfe betragen für einen Sonnabend 8000 R., von 1 Uhr ab 6000 R., mit Sonntag 9100 R., für einen Sonn- oder Feiertag 4950 R., einen Wochentag 6750 R., eine Woche 89 200 R., für eine Stunde für Herrenfriseure 850 R., für Damenfriseurinnen 925 R. Der Urlaub beträgt noch ein- bis zweijähriger Tätigkeit fünf, nach mehr als zweijähriger Tätigkeit sieben aufeinander folgende Wochentage.

Handelsarbeiter der Lederwirtschaft.

Das in direkter Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels erzielte Verhandlungsergebnis, welches einen Eigenlohn für die zweite Halbjahr von 88 000 R. für den Leder-großhandel vorstelt, wurde von den Streikenden anerkannt und damit am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufgenommen.

Tarifabschluß sind im Verlehrsband, Engelauer 24/25, Zimmer 26, gegen Mitgliedsausweis erhältlich.

Zum Hafnarbeiterstreik in Hamburg.

Die Hamburger Hafnarbeiter haben durch Abstimmung am Montag den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 300 R. vorsch, mit über Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Die Mehrheit für einen Streik war damit erreicht. Die Vertrauensleute hatten zuvor schon den Schiedspruch abgelehnt. Der Hafnarbeiterverein hatte den Forderungen der Hafnarbeiter kein Verständnis entgegengebracht. Ein großer Teil der Hafnarbeiter ist infolge Arbeitsmangel zur Kurzarbeit gezwungen und vollends infolgedessen nicht einmal in den vollen Genuß der Erhöhung durch den Schiedspruch kommen. Auch das Lage Verhalten des Hafnarbeitervereins bei der Frage einer geordneten Arbeitsvermittlung (das zurzeit einer Begünstigung der wilden Arbeitsvermittlung im Hafen sehr nahe kommt) mag die Hafnarbeiter sehr wesentlich beeinflusst haben, den jetzt vorliegenden Schiedspruch, dessen Zustandbrüche ihnen völlig ungenügend erscheinen, mit so erheblicher Mehrheit abzulehnen. Am Dienstagnachmittag wurde der Streik beschlossen und am Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Es werden keine Seeschiffe geladert und beladen, auch die Schleppdampfer liegen still. Jedoch sind die Fährdampfer, denen die Beförderung der Wertarbeiter obliegt, noch in Betrieb. Von der Bemittlung oder Nichtbewilligung der Forderungen des Fährdampferpersonals wird es abhängen, ob diese Dampfer heute verkehren. Der Streik erstreckt sich über Hamburg, Altona, Harburg. Gestern nachmittag hat ein Sonderlichtungsausschuß mit den Streikenden verhandelt.

Nach einer Geo-Meldung hatte der Hafnarbeiterverein über den Schiedspruch hinaus weitere 5000 R. pro Schicht bewilligt, so daß sich der Tagelohn von 18 400 R. nach dem Schiedspruch auf 23 400 R. erhöht hätte. Die Vertrauensleute hätten dieses Angebot abgelehnt und 26 000 R. gefordert.

„3 000 000 Kommunisten in den Gewerkschaften!“

Man schreibt uns: Es ist allgemein bekannt, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale und ihr Vorsitzender Herr Losowski nichts weniger als bescheiden sind. Herr Losowski hat die Stirn, in der „Pravda“ vom 3. Mai in aller Befolgenheit zu erklären, daß von den mehr als 8 000 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften Deutschlands 3 Millionen Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale seien. Warum 3 Millionen und nicht 5 oder 8 Millionen, wie Herr Losowski eben mit gleichem Recht behaupten könnte, bleibt das Geheimnis des Herrn Losowski.

Daß Herr Losowski in solchen Fällen noch einem selbsterrunden Einmaleins zu rechnen pflegt, ist ihm schon früher nachgewiesen worden. Wir erinnern daran, daß er auf dem vorjährigen „Weltkongress“ der Gewerkschaftsaktion der kommunistischen Internationalen unter anderem „berichtet“, im norwegischen Arbeitsmännerverbande seien 33 000 Kommunisten vorhanden. Dabei hatte dieser Verband damals nur 16 000 Mitglieder. Im norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverband sollten nach Herrn Losowskis Rechnung 21 000 Kommunisten vorhanden sein. Der Verband hatte damals 14 000 Mitglieder. Danach wird man sich auch nicht wundern, daß Herr Losowski unter den 5700 Mitgliedern des norwegischen Holzarbeiterverbandes 9000 Kommunisten gefunden hat. Wir finden, daß Herr Losowski in dem obengenannten Falle noch verhältnismäßig bescheiden ge-rechnet hat. Eigentlich hätte er doch aus den 8 Millionen deutscher Gewerkschaftsmitglieder mindestens 15 Millionen Kommunisten herausrechnen müssen.

Gloster. Vom 16. Mai ab beträgt der Lohn 1920 R. pro Stunde, Werktag einbehalten. Für Gehilfen im ersten Jahre nach Beendert Lehrzeit 10 Proz. weniger. Für Hilfsarbeiter erhöht sich der Stundenlohn ab 16. Mai in Gruppe A: 16 bis 18 Jahre um 120 R., 18 bis 20 Jahre 140 R., 20 bis 22 Jahre 150 R., über 22 Jahre um 170 R.; Gruppe B und C um 175 R. Das Lohnabkommen ist im Bureau erhältlich.

Die feinfaserige Industrie traf am 15. Mai in freier Vereinbarung ein Lohnabkommen, das für das Reichsdarbit 15 Proz. Effektivlohnzuschlag für die Zeit vom 4. bis 27. Mai vorstelt. Der Zuschlag erhöht sich vom 28. Mai bis 8. Juni auf 20 Proz. Der letzte Zuschlag vom 29. April bis 18. Mai betrug 10 Proz. auf die März-Effektivlohnleistung. Die feinfaserige Industrie ist eine reine Kaffeeindustrie.

Berichtigung. In dem Bericht über die Bildung der Unterkommisionen der Gewerkschaftskommission Berlins ist infolern ein Irrtum unterlaufen, als für den Bezirk Wilmersdorf nicht der Genosse Königer, sondern der Genosse Schiemenz als Obmann fungiert.

Deutscher Holzarbeiterverband. Vorstanderversammlung der Fernfahrer und Wohnmaschinen am Donnerstag nachm. 5 Uhr bei Siemens, Große Frankfurter Straße 78. Tagesordnung: Arbeitslosenfrage, Brancheneinzelheiten und Beschlüsse. — Musikantenverein: Montag, Freitag, 5 Uhr Vorstanderversammlung der Klaviaturarbeiter im Reichsbanner Hof, Reichsbanner Straße, Großer Saal. — Um dieselbe Zeit Vorstand der Fernfahrer und halbe Arbeiter im Reichsbanner Hof, oberer Saal.

Sattler-, Kapellere- und Viehhilfsarbeiterverband. Sitzung, Kapellereizente, Donnerstag, 7 Uhr bei Becker, Sebestr. 17. Verhandlung, Fortzug, Bericht über die Lohnverhandlungen.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Sozialversicherung. Alle Betriebsratsmitglieder der Betriebsvereinigungen und Abteilungen müssen morgen, Freitag, 5 Uhr, die von der freigeberischen Betriebsratszentrale einberufenen Gruppenversammlungen im Gewerkschaftsraum, Engelauer 24-25, unterrichtsammer der F. B. M. S. besuchen. Mitgliedsbuch des Z.A. und Betriebsratsausweis legitimieren.

App. Funktionäre der Gesundheitsindustrie. Freitag 7 1/2 Uhr im Bundeshaus (Empfangsraum), Vert. 7, Versammlung, Aufstellung der Forderungen. Erscheinen dringend notwendig. Funktionäre legitimieren.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Verlag Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einheitsz. 3 Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Schmuck“.

C
Spittelmarkt
Alexanderplatz
nahe Al. Singer
Königstr. 53
gegenüber Rathaus

S
Kollpauer Damm 10
nahe Warenhaus Dambel

W
Friedrich-Str. 193 a
nahe Leipziger Str.
Leipziger Str. 113
nahe Haupt-Str.

N
Schönhauser Allee 61
am Bbl. Nordring
Friedrich-Str. 108
nahe Haupt-Str.

I
Invaliden-Str. 164
nahe Brunnen-Str.

J
Jussaliden-Str. 117
am Berliner Bahnhof

G
Chaussee-Str. 72
nahe Müllerstr.

F
Frankfurter Allee 14
nahe Zieg

Besonders preiswertes Angebot





Dieser Kneifer
aus bestem Nickel

nur R. 2100.—

mit Bi-Gläsern 5500.—

mit Punktort-Gläsern 9500.—

Rathenower Bi-Gläser p. Paar 3400.—

Punktort-Menisken 7400.—

Optiker Ruhnke's

Televist

5 Jahre Garantie

Reife, Jagd- und Sport-Glas

Eigenes erstl. Fabrikat von anert. Qual. u. Leistung.
6x Verg. Nr. 285 000, 8x 365 000, 12x 450 000

Dieser Kneifer
aus Gold-Blasé

nur R. 4000.—

mit Bi-Gläsern 7400.—

mit Punktort-Gläsern 11400.—

Moderne Horn- und Schildpattbrillen
zu billigsten Tagespreisen.

NW
Friedrich-Str. 150
nahe Dorotheen-Str.

SW
Delle-Allee-Str. 4
nahe Haupt-Str.

SO
Oranien-Str. 44
zwischen Berlin- und
Oranien-Str.

Spandau:
Dreite Str. 18
nahe Markt.

Charlottenburg:
Lauenhainstr. 15
nahe Haupt-Str.

Neukölln:
Dergstr. 4
nahe Haupt-Str.

Friedenau:
Klein-Str. 15
nahe Haupt-Str.

Schöneberg:
Haupt-Str. 21
nahe Haupt-Str.

Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-33
nahe Haupt-Str.

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

35 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Cöln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich; Fabriken in Rathenow-Neue Schleuse u. Berlin.

Mit List und Gewalt durch Tür und Tor.

Zwei Einbrüche an einem Tage wurden durchschnittlich im Jahre 1900 in Berlin verübt. Das heutige Bild — eine Folge der demoralisierenden Wirkung des Krieges — ist freilich ein wesentlich anderes, denn im vorigen Jahre wurden im Durchschnitt täglich 150 Einbrüche begangen. Und in diesem Jahre wurden in der Zeit von Januar bis März über 2,5 Milliarden an privaten Werten gestohlen. In dieser Summe ist aber der Verlust an städtischem Eigentum, das täglich um Millionenwerte verringert wird, nicht mit eingerechnet. So kann man z. B. rechnen, daß heute an einem Tage 12 Gullydeckel im Werte von je 50 000 Mark entwendet werden. Einbrecherbanden in einer Stärke von 20—40 Mann sind heute durchaus keine Seltenheit mehr. In Nauenberg arbeitete sogar eine Bande von 60 Köpfen und in Hamburg eine von 100. Dabei steht Berlin nicht einmal an der Spitze der Kriminalität. So haben sich beispielsweise in München in dem Zeitraum von 1910—1919 die Zahl der Einbrüche von 2000 auf 11 000, in Dresden von 6000 auf 11 000 erhöht. Natürlich ist auch eine starke Vermehrung der Polizeikräfte Berlins eingetreten. Es betrug nach Angaben des Oberingenieurs Gollmer, die dieser in einer Sitzung der Vereinigung Deutscher Kriminaltechniker machte, die Kopfstärke der Berliner Kriminalpolizei im Jahre 1900 480 Mann, heute ist sie mehrere tausend Mann stark, reicht aber nicht aus. Dabei haben Reichspost, Eisenbahn und Stadt Berlin eigene Ueberwachungsorganisationen. In den Straßen Berlins sind nachts zur gleichen Zeit 350 Streifen der Schutzpolizei, 6000 Mann der Wach- und Schließgesellschaft und ein Heer von Nachtwächtern auf den Beinen. Zudem sind zahlreiche private Wächter, allein ein Berliner Kaufhaus läßt seine Räume durch 16 Wächter bewachen.

Risse und Teppich.

Die Einbrecher haben auch die Einbruchsmethoden geändert. Abwechselnd arbeiten sie mit List und Gewalt. List ziehen die Herrschaften entschieden vor, denn das Publikum ist oft sträflich vertrauensselig. Wie viele fallen auf eine falsche „Perle“ herein, wie viele lassen sich durch einen Telefonanruf aus ihrer Wohnung locken. Doch gehen die Diebe zuweilen sehr raffiniert vor, um ihre ausgereiften Opfer zu überdöseln. Klingeln da z. B. spät abends bei Herrn J. zwei Männer, die einen Teppich bringen. Sie sagen, er sei „bestellt“ worden. Herr J. weiß nichts von der Bestellung, seine Frau ebenfalls nicht. Schließlich einigt man sich darüber, daß die Männer den angeblich schweren und kostbaren Teppich über Nacht bei Herrn J. unterstellen, der am nächsten Morgen bei dem betreffenden Geschäft (abends sind doch die Geschäfte geschlossen) per Telefon anrufen wird, weil offenbar ein Irrtum vorliegt. Die Familie J. geht beruhigt schlafen und unterdes steigt der Dieb, der in dem Teppich steckte, heraus, nimmt Silber und andere Kostbarkeiten mit sich, schließt die Vorplattür auf und verläßt, für die Hintertür besorgt er ja einen Dietrich, mühelos das Haus. Ebenso ist der Dieb mit der großen Kiste nicht ganz ungewöhnlich. Zwei Männer tragen schwer leuchtend eine Kiste zu Herrn I. I. Sie stellen die Kiste nahe an die Vorplattür, klingeln laut, schlagen Lärm und sind sehr erpöbt darüber, daß Herr I. I. jetzt nicht zu Hause ist. Es ist doch wirklich unerhört, sie vor verschlossene Tür kommen zu lassen. Schließlich erklären sie, keine Lust und Zeit mehr zu haben, um auf Herrn I. I. zu warten und gehen laut lachend und wetternd mit der schweren Kiste ab. Ost hilft ihnen noch irgendeine mitleidige Seele aus dem Hause tragen. Die beiden Männer haben freilich nur ein Theaterstückchen meisterhaft aufgeführt. Denn während sie lamentierten, sagte der in der Kiste verdeckte Mann die Türöffnung aus, drang in die Wohnung, raffte alle Kostbarkeiten an sich, schloß die Türöffnung notdürftig wieder ein und das Kleeblatt verschwand, bevor Herr I. I. kam.

Dunkle Wege.

Solche Dinge haben aber nur bedingte Zeit den Reiz der Neuheit und daher müssen die Einbrecher täglich neue Tricks erfinden. So wurden die Bewohner eines Hauses nächstherweise durch „Ratten“ gefürcht. Man ließ einen Kammerjäger kommen, der fand freilich nichts, streute jedoch Gift. Bis eines Morgens die Ueberwachung kam. In drei Nächten langer Arbeit hatten sich nämlich Diebe vom Fahrstuhlschacht aus Zugang in eine Wohnung geschafft. In Wien bringen Diebe von den Kanalaröhren aus in die Häuser.

Daher hat die dortige Polizei in den Kanalaröhren schon erfolgreiche Razzien abgehalten. Mit wahrer Todesverachtung arbeiten die Fassadenkletterer. Sie gehen über drei bis vier Dächer hinweg, um in das Haus zu gelangen, in dem sich ein Einbruch lohnt. Daß dieses Haus dann treu und brav unten von einem Portier bewacht wird, sei nur nebenbei bemerkt. Die modernen Einbrecher wenden Geduld und Energie auf, selbst Brandmauern halten ihrem erfindungsreichen Werkzeug nicht mehr stand. Sie arbeiten u. a. mit dem Schneidbrenner, der kleinen Autowinde und dem Flaschenzug in Westentaschenformat. Die Einbrecher gehen durch mehrere Stockwerke, wenn es sich lohnt. In einem Berliner Geschäftshaus schafften sie sich von der vierten Etage aus Zugang zu den Parketteräumen. Sie durchdrängten die Zimmerdecke derart, daß die gestohlenen Seidenballen bequem durch die Öffnungen gingen. Bei dem Durchbruch stießen die Diebe auch auf eine Privatwohnung. Hier war ihnen ein Regulator an der Wand hinderlich, sie nahmen ihn ab und legten sogar den Hals an, um dem er hing, fein fäulertlich neben ihn. Zuweilen arbeiten die Einbrecher von heute mit Sprengmitteln. So wurde kürzlich der erste Geldschrank (aufgerollt und geknackt wurden schon mehrere) gesprengt. Der Einbrecher fand dabei seinen Tod.

Als Abwehrmaßregeln

gelden Schlösser, Gitter, Riegel. Es werden jetzt Schlösser angefertigt, die den Nachmann tatsächlich in Erstaunen versetzen. Natürlich werden die Schlösser, wenn sie auf den Markt kommen, von den Einbrechern zuerst geklaut und recht sorgfältig studiert. Bei den Neubauten tragen die Architekten den Bitteranlagen schon Rechnung. Ueber die Zweckdienlichkeit der Abwehrmaßregeln kann man nur vor Fall zu Fall entscheiden. Neben dem menschlichen Wächter kommt der Hund in Frage. Wachhunde sollen nicht an die Tür heranspringen. Die wird nämlich von Dieben leicht angebohrst, ein Betäubungsmittel hineingespritzt und so der Hund „dumm“ gemacht. Desgleichen wird der Hund oft durch eine mitgebrachte Hündin abgelenkt. Darum ist es ratsam, Hündinnen als Wachhunde zu benutzen. Einen modernen Einbruchschutz bieten die mechanischen Hilfsmittel. Die elektrische Sicherungsanlage meldet, daß der Dieb kommt. Sie muß so angelegt sein, daß kein Eingriff in die Leitungen von außen möglich ist. Man versteht sie sehr kompliziert anzulegen. Selbst der Monteur, der sie anlegt, kommt nicht mehr ohne Alarm in die Wohnung. Die Anlagen der elektrischen Schutzvorrichtungen sind ziemlich kostspielig. Minderbemittelte können sich mit der sogenannten Diebstahlsicherung, einem Zwirnsfaden helfen, der vor die zu sichernde Tür gespannt und durch eine besondere Konstruktion mit dem Klingelkontakt der Wohnung verbunden wird.

Herr v. Raehne, der Sohn.

Anklagen wegen Beleidigung, Nötigung, Bedrohung, Mißhandlung.

Vor dem Schöffengericht Werder a. d. H. mußte gestern wieder einmal Herr v. Raehne jun., ein Mitglied der vielgenannten Familie auf Schloß Pehdom, sich als Angeklagter verantworten. Gegen ihn standen an demselben Vormittag zwei Sachen hintereinander an, die zusammen verhandelt werden sollten. In dem einen Fall wurde er beschuldigt, auf Ackergerände seines Vaters mehrere dort umherspazierende Mitglieder eines Charlottenburger Wandervogelvereins durch Abfeuern seiner Schrotlinie gestellt zu haben, den Führer einen „dummen Pausenjugen“ geschimpft und ihn mit der Faust mehrmals auf den Kopf geschlagen und den ganzen Trupp unter Androhung des Gebrauches der Schußwaffe zur Benutzung eines von ihm vorgeschriebenen Weges genötigt zu haben. In dem zweiten Fall hatte er einen in der Forst des Gutsnachbarn v. Kochow beim Holzdiebstahl betroffenen Arbeiter aus Blindom festgenommen und mißhandelt und er soll hierbei der Frau des Arbeiters gedroht haben, auf sie zu schießen. In beiden Fällen wurde ihm auch zur Last gelegt, daß er eine Schußwaffe führte, obwohl ihm die Berechtigung dazu entzogen worden war. Der junge v. Raehne, der jetzt 29 Jahre alt ist, hat im Dienst seines Vaters, nicht des Gutsnachbarn, das Amt eines Försters. Vor Gericht begab er sich ohne Zaudern freiwillig zu der An-

klagebank, auf der er zum ersten Male vor jetzt zehn Jahren, ein damals erst Neunzehnjähriger, wegen einer Schießaffäre Platz zu nehmen hatte. Seine Vernehmung, bei der der Vorsitzende ihm volle Freiheit ließ, sich ganz so zu geben, wie er ist, war ein lehrreicher Beitrag zu seiner Charakterisierung. Er fühlte sich offenbar als „Herrenmensch“. Zu dem Zusammenstoß mit den jungen Leuten aus dem Wandervogel erklärte er, sie seien querfeldein gegangen. Feldwege gebe es dort überhaupt nicht, das Gelände seines Vaters werde ausschließlich nur von den öffentlichen Wegen aus besteuert, um Unbefugte fernzuhalten. Er habe gerührt und gepfliffen, sie seien zunächst auch stehen geblieben, dann aber seien sie wieder „ruhig ihren Weg dahingegangen“. „Ich griff“, fuhr er fort, „zum letzten Mittel, nahm die Flinte runter und schob in die Luft.“ Das sei, fügte er hinzu, ein „Signalschuh“ gewesen; auf 500 bis 600 Meter, die er von ihnen entfernt war, könne man mit Schrot überhaupt nicht mehr treffen. Auf sein Winken seien sie jetzt herangekommen, aber nur bis auf 300 Meter. „Ich hatte“, erzählte er weiter, „keine Lust, mir wegen solcher Jünglinge noch mehr die Knochen zu zerbrechen und nachzulaufen. Daher beorderte ich sie ran. Ich kriegte sie auch ran und stellte sie zur Rede, aber der Größte nahm eine arrogante Haltung an, wie wenn er zu befehlen hätte. Ich sagte ihm, was denn das für eine Dummheit sei, da antwortete er: Erlauben Sie mal! Darauf gab ich ihm Backpfeifen. Mit dummen Jungen anders umzugehen, bin ich nicht gewöhnt. Ich verlangte, daß sie den Weg gingen, den ich vorgeschrieben. Da sie nicht wollten, folgte ich: Wenn Ihr nicht Order pariert, gibt's was auf den Hosenbänden! Mit Schießen habe ich nicht gedroht. Den Jagd- und Waffenschrein hat man mir, schloß der Angeklagte in vorwurfsvollem Ton, auf Anordnung des Ministers Seering genommen.“ Zu der Mißhandlung des Arbeiters erklärte er, er suche Holzdiebstahlsachen möglichst selber zu erledigen. In dieser Zeit, wo alles gelockert sei und jeder tue, was ihm paßt, habe er keine Lust, zum Gericht zu laufen. Der von ihm beim Holzdiebstahl betroffene Mann habe die Art lang gefast, wie wenn er gegen ihn vorgehen wollte. Der Angeklagte schiederte sehr unflätlich, wie er sich lange bemüht habe, den sich heftig Behrenden zu überwältigen und festzunehmen. Die Frau, die mit ihm war, habe ihn gleichfalls mit dem Beil bedroht, da habe er gerufen: „Das Beil runter, oder ich gebe Feuer!“ Schließlich habe er dem Mann mit einem bei ihm vorangehenden Strich die Hände fesseln wollen, doch auch das sei, weil er sich wehrte, nicht gelungen. „Dann habe ich“, fuhr v. Raehne in seiner Schilderung fort, „ihn anständig verledert. Er hat Backpfeifen gekriegt, was es hinter und sah. Dann war er befriedigt und ich brachte ihn zu dem v. Kochowschen Förster Wiesbach.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den Arbeiter kenne, antwortete er: „Ich kenne die Halunken nicht, die Blindomer, denn es gibt zu viele.“ Hier griff der Vorsitzende mit einer Rüge ein.

Die Beweiserhebung erstreckte sich zunächst auf diesen lehrerwähnenden Fall. Der als Zeuge vernommene Arbeiter bestritt, v. Raehne bedroht zu haben. Dieser habe auf ihn eingeschlagen und seine dabei ausschreiende Frau bedroht: „Halten Sie die Schnauze, oder ich schieße.“ Der Zeuge schiederte, wie er unter den Stößen und Schlägen die Besinnung verloren habe. Als er wieder zum Bewußtsein kam, war ihm, versicherte er, um den Hals ein Strich gelegt, den v. Raehne erst auf seine Witten abgenommen habe. Die Frau des Arbeiters bestätigte diese Angaben und bestritt auch ihrerseits jede Bedrohung. Der Verteidiger beantragte Ladung des Försters Wiesbach, dem der Arbeiter die Bedrohung zugegeben haben soll. Das Gericht beschloß zu verurteilen und den Förster zu laden. Die andere Sache wurde mitverurteilt, ohne daß die Zeugen sich schon geäußert hatten. Anzurechnungsfähigkeit als strafloschuldigenden oder wenigstens mildernden Umstand geltend machen. Der Verteidiger sagte bereits, daß er den Angeklagten für „nicht normal“ hält.

Öffentlicher Tanz zu Pfingsten.

Der Polizeipräsident erinnert in einer amtlichen Bekanntmachung daran, daß auf Grund einer Polizeiverordnung vom Anfang dieses Jahres öffentliche Tanzlustbarkeiten für den Pfingstsonntag verboten sind. Dagegen ist der öffentliche Tanz für den 2. Pfingstsonntag (Montag, den 21. Mai) freigegeben. Lokalbesitzer, die auch am Pfingstsonntag tanzen lassen wollen, müssen bei dem zuständigen Polizeiamt hierfür einen besonderen Antrag stellen. An den allgemeinen zugelassenen Tanztagen Donnerstag, Sonnabend und Sonntag (24., 26. und 27. Mai d. J.) kann nach wie vor öffentlich getanzt werden.

Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Rylander.

Neben dem Hause und am Landungsplatz, wo Prähme und Boote verankert lagen, schienen sich Menschen zu bewegen. Am Landungsplatz sah man einen Kran, und etwas weiter hinauf, wo der Bach sein Wasser in die See ergoß, leuchteten die weißen, regelmäßigen Häuser einer Schlipp wie eine große Leiter von der See hinauf bis zu einem offenen Platz mit Holzstapeln und einem langen Schuppen. Alles war überschattet von den mächtig ausgebreiteten Ästen einiger Rieseneichen.

„Haben alle Menschen hier solche Häuser?“ fragte ich Sam.

„O mein,“ lachte er. „Nur wir und David und ein paar andere. Solche Häuser kann nur Vater bauen. Und wir helfen ihm. Vater kann alles bauen, Boote, Prähme und Häuser.“

„Und Kanus,“ sagte Elias.

Es war also wirklich so, wie ich die ganze Zeit vermutet hatte: Sam und Elias waren Söhne des Zimmermannes, des „Königs“, wie der Schiffer ihn nannte. Prinzen von Nanawoi! Eigentümlich, daß sie so dunkle Haut haben, während der Vater weiß ist, dachte ich. Wie schwacher, durchsichtiger Kaffee, die Mitte haltend zwischen hellem Reger und Rothaut.

Sam hatte sich aufgerichtet und schien etwas an Land zu beobachten. Sein Profil mit der hohen Stirn, der leicht gebogenen Nase und dem kräftigen Kinn zeichnete sich scharf und unbeweglich, wie aus Bronze gegossen gegen den blauen Himmel ab.

„Siehst du etwas?“ wandte er sich an seinen Bruder.

Elias sah lange dahin, wohin Sam zeigte.

„Vater kommt heraus!“ rief er endlich.

Ein langes, weißgemaltes Walboot von sechs Paar kräftigen, braunen Armen gerudert und von einem weißen Manne gesteuert und hellen, aufgestrichelten Hembärmeln gesteuert, legte eine halbe Stunde später bei dem Schoner an. Der König von Nanawoi und der Schiffer auf Peelhow schüttelten sich nach einer Minute herzlich die Hände.

„Wong Lee! Heißes Wasser!“ hörte ich den Schiffer durch das Schlagsicht herunterrufen, als ich mit den anderen an der Reeling stand und Kokosnüsse, Bananen, Brotfrüchte und eine Menge anderer Herrlichkeiten in Empfang nahm, die uns von den braunglänzenden Männern im Walboot als Willkommenstruß von der Insel heraufgereicht wurden.

Benige Tage später sah ich eines Nachmittags auf einem Holzstapel vor dem offenen Schuppen oberhalb der Schlipp unterhielt, der mit dem Bau eines Bootes beschäftigt war. Der Kiel war gestreckt, und er hämmerte jetzt den Vorderstevan fest. Ein wenig vor uns lag unser Boot unter einer offenen Rinne, die mit einem Stück Segeltuchschlauch geschlossen war, durch das das kristallklare, kalte Wasser vom Bache direkt in unsere Wassertonnen lief. Unten im Boote sah Wilson und rauchte, während er dafür sorgte, daß der Schlauch umgelegt wurde, wenn eine Tonne voll war. Schon seit mehreren Tagen hatten wir beiden dieses Wasserfüllen besorgt, indes die anderen an Land Brennholz sammelten oder die notwendigen Arbeiten an Bord verrichteten. Inzwischen schritt die Verladung gut fort. Ein Brahm voll Kobra nach dem anderen wurde von sehnigen, braunen Eingeborenen herangewirkt. Andere hievten die schweren Körbe an Bord und schüttelten sie in den Raum hinunter, während wieder andere die Ladung unten verstaute.

Es waren für uns leichte, sorglose Sommertage in Ueberfluß und Reichtum mit einer ewig kühlenden leichten Brise, einem wolkenlosen Himmel und lauen Nächten unter großen, strahlenden Sternen, die langsam ihren Weg über unseren Köpfen dahinzogen bei der nie ersterbenden Musik der braulenden Brandung am Riff längs der Insel.

Meine Bekanntschaft mit Sam und Elias war rasch zur Freundschaft geworden. Ihre Gefühle hatten Nahrung bekommen durch die kleinen Dinge aus meiner einfachen Ausrüstung, die ich ihnen schenken konnte. Meine Zuneigung zu ihnen beruhte auf Ursachen, die ich damals noch nicht ahnte.

Bermutlich war das Freundschaftsverhältnis zwischen den Knaben und mir die Veranlassung, daß der verschlossene und einsilbige Stone allmählich Vertrauen zu mir gefaßt hatte. Anfänglich wechselten wir nur wenige Worte über das Wasserholen, oder ich hatte eine Botschaft vom Schiffer auszurichten, der nie seinen Fuß an Land setzte. Nach und nach aber waren wir auch auf andere Gesprächsthemen gekommen.

Mir fiel wieder ein, was der Schiffer dem Steuermann über Stones Pläne einer Heimreise erzählt hatte. Es überraschte mich daher nicht, daß Stone immer wieder auf das selbe Thema zurückkam: Schiffsgelegenheiten und Reisen. Was man auf einem Dampfer bezahlen müsse, ob es wahr sei, daß man jetzt in zehn Tagen von Hawaii nach San Francisco und in einer Woche von da nach New York kommen könne.

Heute war Stone beinahe redselig. Er berichtete von der

Havarie mit einem Walfischfänger aus Neu Bedford, als er Zimmermann an Bord war, und wie es kam, daß er auf einer der Longaineln an Land blieb, wie er von da erst nach Tahiti und einige Jahre später nach Hongkong kam.

Aber nun brach er plötzlich ab und fing wieder mit seinen Fragen an. Ich merkte, daß er gegen den Drang, mir seinen Plan anzuvertrauen, ankämpfte. Zwar war ich immer noch ein Fremder für ihn, aber doch war es mir klar, daß nur Sams und Elias' Anwesenheit ihn davon zurückhielt.

Stone hatte den Hammer hingelegt und stand lange Zeit ruhig mit verschränkten Armen da. Er war ohne Hut, und ein Sonnenstrahl, der vom Dache her in den Schuppen fiel, glitt spielend über sein stark ergrautes blondes Haar, das an den Schläfen leicht gelockt war.

Mindestens sechzig Jahre, dachte ich, und sicher viele schwere Jahre. Jeder Zug dieses Gesichtes mit seinen unzähligen Falten erzählte ja davon. Nur die Augen hatten einen ruhigen, freimütigen Ausdruck von kindlicher Zuversicht bewahrt.

Ich sah, wie er Sam und Elias lange betrachtete, die neben mir auf dem Boden saßen und ganz darin vertieft waren, ihren Schoner zu riggen. Die Ähnlichkeit zwischen Vater und Söhnen war auffallend. Die Stirn, die Nase, das starke Kinn bei Sam, die etwas vorstehenden Backenknochen bei dem kleineren Elias, ihre Schultern, ja, die ganze Körperform zeigte unverkennbare Ähnlichkeit. Und doch, wie ich ein unübersteiglicher Rassenunterschied lag nicht zwischen ihnen! Es mußte schwer, ja, fast unerträglich für einen weißen Mann sein, Kinder mit einer solchen Hautfarbe zu haben, mit diesem Gelb im Weichen der Augen, selbst mit diesem Haar, wenn es auch im Grunde sehr schön war. Ob wohl Stone jemals dran dachte — ob er überhaupt viel dachte? — Stone seufzte tief und ließ seinen Blick von den Knaben langsam über die Landschaft gleiten. Dachte er vielleicht zum letztenmal das Für und Wider! Er sah auf den Landungsplatz, von wo eben jetzt ein tiefbeladener Brohm abstieg, auf die Rege, die am Strande aufgehäut waren, auf das Boothäuschen mit dem schlanken, weißen Walboot, auf die Mühle, die zwischen den Bäumen oben an dem beständig singenden Bache hervorluchte, der nie austrocknete, sondern ihm immer freigebig tiefen frischen, perlenden Trunk spendete, auf das Feld, wo das Korn in Manneshöhe wogte, auf diese Bäume und Waldungen, die Reichthümer bargen, nach denen er nur die Hand auszustrecken brauchte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Juni-Miete.

Der Magistrat nahm in seiner gestrigen Sitzung zu der Neuordnung der Mieten ab 1. Juni Stellung. Es wurden folgende Sätze beschlossen:

Für die Verwaltungskosten sowie die Kosten für Hausreinigungsmaterial: A. Einschließlich der Kosten für Hauswart, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen: a) in einfachen Häusern 1400 Proz., b) in Häusern mit Warmwassererwärmung oder Sammelheizung oder Fahrstuhl, wenn eine dieser Einrichtungen im Betrieb ist, 1600 Proz., c) in Häusern mit Sammelheizung und Warmwassererwärmung und Fahrstuhl, wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen im Betrieb sind, 1700 Proz., d) in Geschäfts- und Industriehäusern für nicht gewerblich, nicht zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken genutzte Räume 1700 Proz., B. Ausschließlich der Kosten für Hauswart, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen in Geschäfts- und Industriehäusern für gewerblich, zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken genutzte Räume 1200 Proz.

Für die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten 4000 Proz. Was die Umlagebeträge betrifft, so verbleibt es im allgemeinen bei den für Mai festgesetzten Höchstsätzen, abgesehen von dem Satz für Haftpflichtversicherung, der auf 300 Proz., und dem Satz für Fahrstuhlbetrieb, der auf 1000 Proz. festgelegt wurde.

Was die Höchstsätze für den Zinsendienst betrifft, so konnte eine Beschlussfassung hierüber noch nicht erfolgen, da das Zentralamt für Wohnungswesen die von den einzelnen Bezirksämtern eingeforderten Unterlagen noch nicht erhalten hatte und infolgedessen die laut zwingender Vorschrift der Preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vorzunehmende Berechnung an den Typenhäusern noch nicht vornehmen konnte. — Die Festsetzung der Sätze bedarf noch der Zustimmung des Oberpräsidenten.

Wir kommen auf die Einzelheiten der Neuordnung noch zurück.

Die Wucherbekämpfung.

Ergebnisse des ersten Vierteljahres.

Die Tätigkeit der preussischen Polizei auf dem Gebiete der Wucherbekämpfung ist ständig eine sehr rege. Wie aus dem dem Landespolizeiamt erstatteten Meldungen hervorgeht, haben im Monat März 314 Polizeiverwaltungen 8578 Wucherfälle bearbeitet und in 317 Fällen, das sind 100 mehr als im Vormonat, von dem Recht der Handelsuntersuchung Gebrauch gemacht. In 70, meist kleineren Polizeiverwaltungen sind Anzeigen nicht erstattet worden. Mit den Meldungen für den März liegt nunmehr das Ergebnis der polizeilichen Wucherbekämpfung für das ganze erste Vierteljahr 1923 vor. In dieser Zeit sind von 331 Polizeiverwaltungen in 2470 Wucherfällen Ermittlungen angestellt und die Ergebnisse den Staatsanwaltschaften zur Strafverfolgung zugewiesen worden. — Die Handelsuntersuchung auf Grund der „Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel“ vom 23. September 1915 ist immer noch das wirksamste polizeiliche Mittel gegen Wucherer und Schieber. Im ersten Vierteljahr 1923 wurde davon in 666 Fällen Gebrauch gemacht. Nach der Verordnung vom 10. Februar 1923 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln haben die bei den Polizeiverwaltungen bestehenden Handelslaubensstellen, die kollegial und auch mit Vertretern des Handels besetzt sind, das Recht und die Pflicht, die erteilten Großhandelslaubensurteile einer Nachprüfung zu unterziehen. Sie sind gehalten, Anträge auf Erteilung der Handelslaubensurteile, die in einzelnen Bezirken zu Tausenden vorliegen, zu versagen und die erteilte Handelslaubensurteile zu entziehen, wenn ein volkswirtschaftliches Bedürfnis dies geboten erscheinen läßt. In welchem Umfang die Handelslaubensurteile davon Gebrauch gemacht haben, läßt sich abschließend zurzeit noch nicht sagen.

Worowski's letzte Fahrt.

Die in Berlin für den in Lausanne ermordeten russischen Botschafter Worowski veranstaltete Trauerfeier fand gestern Abend um 8 Uhr in der Russischen Botschaft in Gegenwart der sowjetrussischen Kolonie statt. Außerdem hatten sich zahlreiche Abordnungen mit Kränzen und Girlanden eingefunden. Die Linden waren vor dem Botschaftsgebäude durch berittene Polizei weithin abgesperrt. Punkt 7 Uhr wurde nach der internen Freier der Sarg auf den schwarz und rot drapierten Leichenwagen gehoben. Inzwischen hatten sich Mitglieder der kommunistischen Partei trotz des Regens mit ihren roten Bannern verammelt. Von der Museums- und Domarrampe hielten mehrere Redner kurze Ansprachen, in denen sie den Mord und das Treiben der Faschisten brandmarkten. Unterdessen rückte der Leichenwagen langsam über die Linden heran. An der Spitze spielte eine Musikkapelle Trauermusik, dann folgten Hunderte von Kranzdeputationen. Der Zug war durch ein ungeheures Aufgebot von Ordnungspersonal auf beiden Seiten scharf abgesperrt. Rechts und links vom Leichenwagen schritten Fackelträger, dahinter folgten die Vertreter Russlands mit dem Berliner Botschafter Krestinski an der Spitze. Als der Zug auf dem Schloßplatz eintraf, schlossen sich die zu Hügel formierten kommunistischen Organisationen an. Vom Zentrum der Stadt bewegte sich der Zug durch die Arbeiterviertel des Ostens nach dem Schlesischen Bahnhof. Der Abend war längst hereingebrochen, überall leuchteten die Fackeln, als der Zug am Schlesischen Bahnhof ankam, von wo die Ueberführung des Toten nach Moskau erfolgte.

Prozeß Wofal.

Die letzte Sitzung in dem Prozeß Wofal und Genossen wurde ausgefüllt mit der Beweisaufnahme über die in der Nachtragsanklage Wofal und Schauer zur Last gelegten Urkundenfälschungen und Betrübungen. Es wurden zahlreiche Beamte der Reichsdruckerei und der Deutschen Werke, sowie Arbeiter und Angestellte Wofals vernommen. Die Beweisaufnahme ergab keine neuen Gesichtspunkte. Bemerkenswert war die Aussage eines früheren Lagerverwalters G., daß damals bei den Spandauer Werken eine große Lederwirtschaft geherrscht habe. Er sei zwölf Jahre in einem Industriebetrieb und erkaunt gewesen über die Verhältnisse in Spandau. Die Beamten seien überhaupt nicht fähig gewesen, die Aufgabe zu bewältigen. Sie seien auch sehr schlecht bezahlt gewesen und hätten keine Lust gehabt, etwas zu tun. Auch über die Direktoren sei sehr viel Rechtes zu sagen gewesen. Der Berichtschreiber Paul Jeserich hatte auf Grund chemischer Untersuchungen der Farbstoffe und mikroskopischer Prüfungen der Unterlagen festgestellt, daß bei den Warenbezeichnungen in den Aufträgen und Lagerverfügungen nachträgliche Änderungen, Nachträge und Zusätze vorgenommen worden sind. Es sind ursprüngliche Eintragungen entfernt und durch andere Worte ersetzt worden. In einigen Fällen konnte der Sachverständige feststellen, daß die Unterlage, auf der geschrieben wurde, bei den Änderungen eine andere war, als bei den Originalen, einmal war die Unterlage gedrückt, das anderemal glatt.

Die „Gutschwirtschaftlerin“ aus Naun.

Einen Schwindel eigener Art betreibt eine 35 Jahre alte Schneiderin Elisabeth Lehmann aus Naun. Sie spielt auf den Bahnhöfen in den Wartesälen 1. und 2. Klasse die Gutschwirtschaftlerin und spielt den Leuten, mit denen sie in Gespräch anknüpft, vor, daß sie die Absicht gehabt habe, Bekannten ein Paket mit wertvollen Lebensmitteln zu überbringen. Leider habe sie die Leute nicht zu Hause getroffen und so sei sie gezwungen gewesen, das Paket zu hinterlegen, weil sie wieder abfahren müsse. Ein Zeitel, den sie vorzeigt, scheint diese Hinterlegung zu bestätigen. „Die Wirtschaftlerin“ läßt durchblicken, daß sie nicht abgereist wäre, die Lebensmittel zu dem billigen Preise, zu dem die Bekannten sie hätten erhalten sollen, auch an andere abzugeben. So kaufen denn die Leute auf Grund des Hinterlegungszettels und zahlen den Kaufpreis. „Die Wirtschaftlerin“ steckt das Geld ein und fährt schleunigst ab, und die Käufer erfahren zu spät, daß nichts

hinterlegt ist, daß sie vielmehr einer Schwindlerin in die Hände gefallen sind. Nachdem sie so Berlin abgegrast hat, hat die Schwindlerin ihre Tätigkeit in die Provinz verlegt. Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Brebeck im Polizeipräsidium zu melden.

Der geheimnisvolle Nachtbetrieb.

Eine Flasche Sekt 130 000 Mark.

In ein Dunkel, wie es sich für einen regelrechten Nachtbetrieb gehört, waren die Verhältnisse eines Nachtlokals gehüllt, in die das Wuchergericht III in einer Verhandlung gegen die Zimmervermieterin Lichtenberg und den Kellner Hoffmann Licht hineinzubringen wußte. Auf eine Anzeige hin holte eine Polizeistreife in der Wohnung der Angeklagten Lichtenberg einen Nachtbetrieb ausgehoben. Beim Erscheinen der Polizei waren nur der Kellner Hoffmann und drei „Damen“ anwesend, die anscheinend zur „Unterhaltung“ der Gäste zur Verfügung standen. Der Betrieb selbst war noch nicht im Gange, jedoch war alles für die Aufnahme der Gäste vorbereitet. Auf den Tischen lagen die Preislisten, es war ein kaltes Büfett aufgestellt, der Sekt stand in Kübeln auf Eis gelegt bereit. Die Flasche Sekt kostete 120 000 bis 130 000 M. Die beiden Angeklagten later recht unschuldig. Das ganze Geschäft sollte von „zwei unbekannten Männern“ ausgegangen sein, und sie selbst wollten ohne ihr Wissen und Wollen dazu gekommen sein. Die beiden Männer seien angeblich bei Frau Lichtenberg erschienen und hatten ohne Angabe des Zwecks zwei Zimmer auf einige Tage gemietet, hinterher seien Sekt und kalte Speisen in die Wohnung geschickt worden. Der Angeklagte Hoffmann will von zwei Unbekannten auf der Straße angeprochen und gestockt worden sein, ob er Beschäftigung als Kellner suche; offenbar müssen die beiden fahrenden Unbekannten dem Mann an der Kasse angesehen haben, daß er ein stellungsloser Kellner war. Ueber die Anwesenheit der drei „Damen“ in der Wohnung konnten die beiden Angeklagten überhaupt keine Angaben machen. Das Wuchergericht verurteilte den Kellner Hoffmann zu zwei Monaten Gefängnis und 500 000 M. Geldstrafe und Frau Lichtenberg wegen Beihilfe zu einem Monat Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe, indem es annahm, daß Hoffmann alleiniger Veranstalter des Nachtbetriebes gewesen sei.

Warnung an Mexiko-Auswanderer.

Die mexikanische Gesandtschaft in Berlin warnt vor den Vertretern gewisser privater Anstaltler-Verbände, die ein leichtgläubiges und anwanderungslustiges Publikum durch Vorspiegelung falscher Tatsachen überbortellen, indem sie den Einbruch erwidern, daß ihnen von der mexikanischen Gesandtschaft in Berlin besondere Kolonisationen bewilligt worden seien. Es sei auch vorgekommen, daß Gelder von leichtgläubigen Opfern eingezogen wurden, um phantastische Projekte in Mexiko zu fördern. Um jeder Ueberbortelung deutscher Kolonisten vorzubeugen, wird daher mitgeteilt, daß weder die mexikanische Regierung noch die mexikanische Gesandtschaft in Berlin irgendwelche Beziehungen zu einer so gearteten Propaganda haben.

Die Ämter des verhafteten Stadtschreibers Leder vom Wohnungsamt Wilmersdorf zieht immer größere Kreise. Auf Veranlassung der zuständigen Behörde ist jetzt ein Sektfabrikant K. verhaftet worden, der, wie eine Korrespondenz meldet, zugegeben hat, daß er den Stadtschreiber Leder durch größere Summen bestochen hat, ihm eine Wohnung in Wilmersdorf zu beschaffen. Durch den mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragten Kommissar im Berliner Polizeipräsidium sind inzwischen auch Beamte aus der Wilmersdorfer Behörde vernommen worden, die Leder in sehr schwerer Weise belastet und Fälle genannt haben, die jetzt nachgeprüft werden. Auf Veranlassung der untersuchenden Behörde wurden vom Wohnungsamt Wilmersdorf gestern eine Anzahl Akten eingefordert, die im Polizeipräsidium nachgeprüft werden sollten. Zufälligerweise waren kurz vor dem Abtransport die in Frage kommenden Aktenstücke von einem Rechtsanwalt durchgesehen worden, der für seinen Mandanten Auszüge zu machen hatte. Als die in Frage kommenden Akten 4 Stunden später im Polizeipräsidium eintrafen, waren bereits die den Stadtschreiber besonders belastenden Dokumente, die offenbar Fälschungen enthielten, aus den Akten verschwunden. Auch die sofortigen Nachforschungen des Polizeipräsidiums bei dem Wilmersdorfer Wohnungsamt waren erfolglos. Die Akten blieben verschwunden und konnten bisher nicht aufgefunden werden.

Die Stadt Berlin nimmt ihr eigenes Geld nicht mehr. An der Kasse der Volkshausanstalt des Friedrichshains (Schillingbrücke) ist, wie uns mitgeteilt wird, ein großes Blotz angeheftet mit dem Hinweis, daß städtische Kassenscheine an der Kasse nicht angenommen werden. Was sich das Bezirksamt Friedrichshain mit dieser Diskreditierung der Stadt erlaubt hat, ist nicht recht verständlich.

Die Schulgärten im Bezirk Friedrichshain. Im verflochtenen Jahre hatte es der zu frühe Beginn der Arbeiten nicht gestattet, die Schulgärten des Bezirks Friedrichshain in der Kochstraße und Oerlischwälder Straße ganz in der gewünschten Weise zu gestalten; gleichwohl war schon 1922 der große gesundheitliche und pädagogische Wert der Einrichtung unverkennbar. In diesem Jahre haben die Arbeiten frühzeitig mit großem Eifer eingesetzt und heute zeigen die Anlagen im wesentlichen das schon im Vorjahr erstrebte Bild. Die bewilligten Einrichtungsgegenstände sind leider sehr gering; zur Reparatur des Arbeitsgeräts haben sich Arbeiter des Bezirks dankenswerterweise kostenlos zur Verfügung gestellt, und auch die Leberschicht hat auf ihre Entschädigung verzichtet. Der Uebelstand, daß zeitweise mehr Eltern als Kinder auf den Parzellen arbeiten, ist abgestellt; der notwendige Charakter der Eigenarbeit der Kinder wird so gewahrt.

Bezirksbildungsausschuh Groß-Berlin. Freitag, den 18. Mai, 6 Uhr abends, Sitzung des kleinen Bildungsausschusses im Bureau, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8/9. Wichtige Tagesordnung. — Sonntag, den 10. Juni, nachm. 2/3 Uhr, im Deutschen Opernhaus. Die künftigen Kinder von Wilmersdorf, und Sonntag, den 17. Juni, nachm. 2/3 Uhr, „Die Niedermund“. Karten à 2000 M. sind nur noch bei den Bildungsausschuhmitgliedern der Abteilungen zu haben.

Zegelort. Sommergäste, die den „Vordorfs“ haben wollen, können denselben bestellen beim Genossen Koch, Zegelort, Mollstr. 35.

Der Gemischte Chor Norden und der Gemischte Chor Gesundbrunnen, beide Chöre Mitgl. d. Art.-S.-Bd., haben sich zu einem Chor und zwar zum Gemischten Chor Norden zusammengeschlossen. Lebensgrund sind jeden Montagabend von 8-10 Uhr in Aula der Siemens-Realschule, Badstr. 22. Tageskündigung sind herzlich willkommen.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft lau. Fische knapp, Geschäft rege. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 3800—5000 M., ohne Knochen 4900—6500 M. Schweinefleisch 5200—5600 M. Kalbfleisch 3600—5000 M. Hammelfleisch 3500 bis 5500 M. Rückensteif 6400—7100 M. Schellfisch 800—1200 M. Kabeljau 1000—1500 M. Dorsch 475—600 M. Lebenshechte 4500 bis 5200 M. Schleihe 4700—5600 M. Barsche 1200—2300 M. In Eis: Schleihe 3000—3800 M. Hechte 2900—3500 M. Aale 4500—6200 M. Naturbratlinge 8000—9000 M. Margarine 4800—7200 M. Schweinefleisch 6500 bis 7200 M. Graupen 950—1000 M. Maisgrütze 875—950 M. Buchweizengrütze 1100—1200 M. Backobst: Aprikosen 3500—4200 M., Birnen 500—600 M., Pfäfen 1100—1000 M., Gemischtes 750—1400 M. Kartoffeln 550—600 M. 10 Pfund. Weiskoh 500—630 M. Spargel 1500 bis 3000 M. Rote Rüben 160—200 M. Zwiebeln 175—210 M. Essig 175 bis 950 M.

Feuer an Bord. Auf dem mit einer Hansabundung im Kanal bei Hohenau liegenden dänischen Dampfer Bega brach Feuer aus. Der Feuerwehrgang es in mehrstündiger angestrengter Tätigkeit, den Brand zu löschen. Mehrere Feuerwehrleute sind an Rauchvergiftung erkrankt.

Der regelmäßige Luftpostdienst Königsberg (Pr.)—Moskau hat begonnen. Die Flugzeuge verlassen jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag ohne feststehende Zwischenlandungen ab Königsberg 10,00 (Anschluß ab Berlin tags vorher mit Zug D 3, ab Schlesischer Bahnhof 10,34). Die Luftpost befördert gedruckte und eingeschriebene Briefe und Postkarten nach Rußland, Sibirien und China.

Ein Deutscher Jungrepublikanertag findet in Frankfurt a. M. statt, und zwar am 20. Mai (Pflingstionntag). Im Vordergrund der Verhandlungen steht die Schaffung eines Aktionsprogramms.

Frankreich vor der Einführung der Sommerzeit. Die Kammer hat am Dienstag mit 318 gegen 216 Stimmen nach einer Intervention Poincarés die Vorlage über die Einführung der Sommerzeit angenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wichtig, Kreisvorsitzende! Die Kreisler des 10. und 20. Kreises haben das 4. Quartal 22/23 trotz aller Mahnungen noch immer nicht abgerechnet. Wir ersuchen die Funktionäre, nunmehr endlich auf prompte Erledigung der Kassengeschäfte zu dringen.

J. M. Hegel Bagels.

2. Kreis Tiergarten. Heute, Donnerstag, den 17. Mai, 7 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Eriminus-Hallen, Bremer Str. 78. Tagesordnung: „Die Vorgänge im Reichstagswahlkampf“, Ref. Gen. Otto Meier, M. d. L.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Die Abteilungsleiter wollen sofort die Parteifarten von Kreisleiter Seeböcker, Krieger Str. 4, abholen. Ferner sind die letzten Abteilungslisten sofort abzurechnen.
6. Kreis Kreuzberg. Heute abend 7 1/2 Uhr Versammlung in den Rummelkäsen, Keltower Straße. Mitgliederversammlung.
11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Die am 9. Mai vertagte Sitzung des Kreisvorstandes wird am Freitag, den 18. Mai, um 7 Uhr, im gleichen Lokal fortgesetzt.

Heute, Donnerstag, den 17. Mai:

94. Abt. Weißensee. 7 Uhr Ueberprüfung beim Gen. Humel, Weißestr. 9, p. 4. Er. Jungsozialisten. Gruppe Treptow: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Alendstr. 3. Vortrag des Gen. Otto Bach über „Wissenschaftliche Betriebsführung“.
- Gruppe Scharnau: 8 Uhr in der Städtischen Bauschule, Bernauerstr. 64. Vortrag des Genossen Herberich.

Morgen, Freitag, den 18. Mai:

6. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Dobroslaw, Spinnmühlenstraße 11.
7. Abt. 7 Uhr bei Dahms, Schlegelstr. 9, wichtige Funktionärsversammlung.
10. Abt. Die Einführung des verschärften Gesetzes Otto Parnberg, Wilmersdorfer Str. 29, findet nachmittags 3 Uhr im Arcatorium Gerichtsbezirk Ost.
86. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr erweiterter Vorstandssitzung bei Lange, Ringbahnstraße 4.

Jugendveranstaltungen.

Wichtig, Abteilungsleiter! Heute abend pünktlich 7 Uhr findet in der Aula des Gemeindefaule Opernhauses die Funktionärskonferenz statt. Tagesordnung: Bericht von der Reichstagswahl. Alle Funktionäre müssen erscheinen. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt. Wichtig, Abteilungsleiter! Auf der Funktionärskonferenz Ausgabe der Reichsmerkmalen für Badenweiler. Quittungen, Fragebogen mitbringen. Weltkollagen erbringen. Der Bezirksvorsitzende.

Rechts 1: Jugendheim Wilmersdorf Str. 2. Vortrag: „Entwicklung des Jugendbewegens“. — Rechts 14 (Königsberg): Jugendheim Lokal „Zum Böckemühl“, Steinbockstraße, Bismarck. — Rechts 15: Jugendheim „Die Schwestern“, Jugendheim „Berliner Str. 29“. — Rechts 16: Jugendheim „Die Schwestern“, Jugendheim für die Arbeiterjugend. — Rechts 17: Jugendheim Gemeindefaule Badenweiler. Vortrag: „Sozialismus und Bundeskirche“.

Berliner Varietés.

Wintergarten. In dem neuen Programm steht mit hervorragendem überausenden Leistungen das Kunsthandwerk Regis an erster Stelle, dessen männlicher Partner über drei Minuten unter Wasser bleibt, eine ganz außerordentliche Leistung. Erregend und spannend wirkt der Jahnstrahl des Präsidenten Siska in der Luft. Die Gladiatorenbilder der drei Heftes werden zwar mit erstaunlich großer Eleganz und Leichtigkeit ausgeführt, doch könnte den Herren etwas weniger Selbstgefälligkeit nicht schaden. Rosmann Telmas geschmeidige Schlaggenmenschen wirkt manchmal fast bedrückend. Glady und Borch tanzen gar schön, gekleidet und mit dem modernsten Tanz, Fredy Bock ist wirklich uilig zum Fischen. Fast Braun bringt mit seinen witzigen Kompositionenparodien auch das lässige und sicher spielende Wintergartenocher einmal in das Licht der Lampen und verleiht alle Menschen in süßliche Laune. Das letzte gelangt rechtlich auf Robert Stehl, der höchst omlant und unterhaltend kalaueri und ein hohes Comedie Kott singt und tanzt. Werkwürdig ist nur bei einer Varietésportulima, daß die Krabaten, die alle Augenblicke ihr Leben nach dem dem liebenswürdigsten Schicksal tun, während ein moderner Räuber mit einem schönen Mädchen im Arm ein so bitter-ernstes Gesicht macht, als wolle er geradezu in den Tod tanzen.

Die Scala hat ihr Programm auf bunteste Richtung angelegt. Das Matras-Ballet — ohne Kalla Sterna — ist wieder eingetroffen und man erlebt in einer knappen Viertelstunde viel muntere und lebenswürdige Tanzszenen nach Rubinkin, Schubert und Delibes. Dort, wo's mit der Technik noch hapert, erlöst das Temperament manches; vor allem mühen sich die jungen Damen redlich, im Stil ihres Meisters zu bleiben. Auf künstlerischem Gebiete tanzen neben sich drei Amerikanerinnen: Rose, Honey und Moll Morrison, die eine hübsche Dosis Akrobatik einfließen, ohne dem Tanz etwas schuldig zu bleiben. Bei Salas Begas-Rodele stellen mit vollendeten Körper einige gute Platinen. Ollio, der chinesische Jambiker, läßt Schaven von lebenden Tuten verschwinden und wieder erscheinen und vertritt mit einer tanzenben goldenen Kunst hübsche Illusionen zu erzeugen. Die ausgeglichene Gemächter — 2 Akrobaten — mit labellastigen Evolutionen an der frei balancierten Stange, die Rednerer Scamp u. Scamp, sowie die Kunstspielerin Lea Manzi seien ferner genannt.

Im Metropol-Variété sind es diesmal Leute des Humors, die den Hauptteil des Mal-Programms ausfüllen. An erster Stelle wäre zu nennen Heinrich Stengel, ein Komiker, der Anerkennung verdient, weil er es versteht, die Reizstoffe der Politik zu besänftigen. Heißig als Hausrecht verbindet die Komik mit akrobatischen Darstellungen in glänzender Weise. Demo Lorenzen zeigt mit labellerer Kunst Berliner Typen und Margarete Howe wartet mit musikalischen Nebenrollen am Flügel auf. Genannt seien noch die akrobatischen Recken der „G. und F. Moor und Ritty Trancy in ihrem Kombinationsakt.

Sport.

Rennen zu Rusleben am Mittwoch, den 16. Mai.

1. Rennen. 1. Pouter (Schulz), 2. Francisco (Schulz), 3. Wobbling (Hegewald). Zeit: 17:10, Sieg: 15:12, 14:10. Ferner liefen: Garna, Kalla, Submil 1, Kadel 1, Gail 1, Jolan 1, Wilhelm, Pobra, Eimel, Müller, Schickel, Gureff, Knie.
2. Rennen. 1. Jüngerling (H. Wils), 2. Pechadel (Treubler), 3. Baron Kromer (Schäfersch). Zeit: 16:10, Sieg: 15:18, 15:10. Ferner liefen: Jeffries jr., Prinzessin Surina, Sella, Dawson, Rococco, Ruffschiller, Amantle, Molau.
3. Rennen. 1. Frau Tor (Schulz), 2. Jüngerling (Sinaraki), 3. Dierfeld (Hegewald). Zeit: 15:19, Sieg: 15:17, 15:10. Ferner liefen: Kuz 1, Kromer, Prinzessin Rosowen, Wilsa 1, Hildebrandt, Eiden 1, Fred Willes jr., Joffnung, Wils, Kump, Hoffnung 1.
4. Rennen. 1. Hildebrandt (Kreuzberg), 2. Grundberg (Weiß), 3. Barde (H. Schellwieser). Zeit: 14:10, Sieg: 13:18, 13:10. Ferner liefen: Gpl. Dankef, Alene, Reiteff.
5. Rennen. 1. Falner Woodline (W. Grund), 2. Brecede (Wils), 3. Peter 1 (Hingus). Zeit: 16:10, Sieg: 15:17, 15:10. Ferner liefen: De petit Coucou, Kentslobart, Monarchist, Limax, Kander, Juffel.
6. Rennen. 1. Burenfels (Höbmann), 2. Wiler (Jürgens), 3. Erdmann (Weiß). Zeit: 16:10, Sieg: 15:16, 15:10. Ferner liefen: Schlip, Gebwol, Dierlein, Prinz Rudol, W. W., Wollander, Flic.
7. Rennen. 1. Greda Herz (Weißmüller), 2. Hingus 1 (W. Grund), 3. Wankfänger 1 (Sinaraki). Zeit: 15:10, Sieg: 14:17, 14:10. Ferner liefen: Johannfeuer, Johannfeuer, Hauptmann, Dr. Sem jr., Hollenbühler, Good Van, Deia, Blumelise.
8. Rennen. 1. Stuart Webb (Weißmüller), 2. Boby (W. Grund), 3. Wankfänger 2 (Sinaraki jr.). Zeit: 15:10, Sieg: 14:17, 14:10. Ferner liefen: Hloger, Korbette, Ficoa Wingen, Julius, Hülsmann.

Wetter bis Freitag mittag. Bismarck 1911, anfangs noch überwiegend bewölkt und besonders im Norden vielwolk Regenwetter. Später im Süden zeitweise aufklarend.

Generalversammlung der Schiffszimmerer

Im Gewerkschaftshaus zu Hamburg wurde am 5. Mai die 16. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands eröffnet. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten fungierten Kiege und Allers, Hamburg. Anwesend waren 35 Delegierte, vier Bezirksleiter und vier Vertreter des Zentralvorstandes, sowie Genosse Graßmann als Vertreter des ADGB.

Der Zentralvorstand Allers verweist auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Der Vorstand hatte ebenfalls mit finanziellen Schwierigkeiten zu tun. Das Verbandsvermögen schmolz zusammen und die Neuverteilung der Beitragsleistungen machte große Schwierigkeiten. Die Berliner und die Stettiner Zahlstelle standen dauernd in Opposition gegen die Verbandsleitung. Obgleich der Hauptvorstand einem Streit in Stettin seine Zustimmung versagen mußte, hat die Zahlstelle aus Mitteln der Hauptkasse Streitunterstützung gezahlt. Der Verbandsausschuß arbeitete teilweise gegen den Zentralvorstand und bedrte ein Mißtrauensvotum der Zahlstelle Stettin gegen den Zentralvorstand, von dem er weiter eine Erklärung gegen die Ruhedilfe forderte.

Die Verschmelzung mit einer größeren Organisation wurde von Allers mit dem Hinweis auf die finanziellen Schwierigkeiten lebhaft empfohlen. Zum Schluß unterbreitete er der Generalversammlung eine Entschließung, die sich gegen die von der Regierung bei der Marktstabilisierung betriebene einseitige Bohnpolitik richtete.

Dem Kassenbericht folgte der Bericht des Verbandsausschusses. Heldt suchte die Stellungnahme des Verbandsausschusses gegen den Zentralvorstand zu rechtfertigen.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht ließ eine starke Opposition gegen die Verbandsleitung erkennen, die insbesondere in den Anträgen aus Berlin und Stettin zum Ausdruck kommt, dem Hauptvorstand das Mißtrauen auszusprechen. Der Zentralvorstand sei zu bürokratisch vorgegangen und habe es nicht verstanden, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Er stütze sich auf „veraltete“ Statuten. Nachdem bereits aus den Reihen der Delegierten die Angriffe gegen die Verbandsleitung zurückgewiesen waren, befahte sich zum Schluß Genosse Graßmann mit den Ausführungen der Kritiker. Er weist ihnen hinsichtlich ihrer Haltung zur Ruhrspende nach, welche schlechten Dienst sie damit der Arbeiterbewegung bewiesen hätten. Als die Unternehmer sahen, daß der Arbeiterchaft die Abführung der Stundenlöhne nicht vereinbarungsgemäß erfolgte, haben sie auch ihre Gelder zurückgehalten, was zur Folge hat, daß diese Summen eventuell später als

vorhand. In namentlicher Abstimmung wird mit 20 gegen 14 Stimmen folgende Entschließung des Zentralvorstandes angenommen:

„Die 16. Generalversammlung des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands beschließt nach reiflicher Prüfung der Sachlage und auf Grund der Tatsache, daß der Schiffbau in seinem überwiegenden Teil zur Metallindustrie gehört, daß für den zu empfehlenden Uebertritt des Verbandes zu einer größeren Organisation nur der Deutsche Metallarbeiterverband in Frage kommen kann. Die Mitgliedschaft hat

in einer Abstimmung zu entscheiden, ob dieser Uebertritt erfolgen soll. Entscheidend für das Resultat der Abstimmung ist die einfache Majorität der abgegebenen gültigen Stimmen. — Wird der Uebertritt beschloffen, so ist dieser am 1. Oktober 1923 mit allen Aktiven und Passiven und allen Mitgliedern nach Maßgabe der mit dem Deutschen Metallarbeiterverband vereinbarten Uebertrittsbedingungen zu vollziehen.“

Am letzten Verhandlungstage lagen der Generalversammlung noch circa 60 Anträge zur Erledigung vor, die zu langen Auseinandersetzungen Anlaß gaben. Das Beitrittsgehd wurde auf die Höhe eines jeweiligen Wochenbeitrages gebracht. Jedes Verbandsmitglied ohne Unterschied des Alters hat einen durchschnittlichen Stundenverdienst (Bohn und Alford) als Wochenbeitrag zu entrichten. Mitglieder, die infolge schlechter Konjunktur nur zwei Tage in der Woche arbeiten, sind vom Beitrag befreit; ebenso Kranke und arbeitslose sowie altersschwache und invalide Mitglieder, die keinen Arbeitsverdienst mehr erzielen. Für die Höhe der Unterstützung soll bei der Streitunterstützung der Durchschnittsbetrag der letzten 10 Wochen vor Eintritt des Unterstühtungsfalles maßgebend sein. Die bisherige Karenzzeit von 13 Wochen ist damit auf 10 Wochen herabgesetzt.

Ferner wurde beschloffen, daß die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung täglich 50 Proz. des durchschnittlichen Wochenbeitrages betragen soll. Neu geregelt wird auch die Höhe der sonstigen Unterstützungssätze.

Der Zentralvorstand wurde in seiner jetzigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Wirtschaft

Starke Wertsteigerung im deutschen Außenhandel.

Der Wert sämtlicher ein- und ausgeführten Waren betrug nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes in Millionen Goldmark

	Einfuhr	Ausfuhr
1. März	503,1	435,8
1. Februar	445,2	300,6

Das Statistische Reichsammt betont nachdrücklich, daß auch diese Märzahlen durch den Einbruch in das Ruhrgebiet in ihrer Zuverlässigkeit stark beeinträchtigt worden sind, da dort seit der Besetzung der Zollstellen und der Ausweisung der Beamten statistische Erhebungen von deutscher Seite überhaupt nicht mehr erfolgen können. Immerhin sind die Zahlen wegen ihrer beträchtlichen Steigerung gegenüber dem Vormonat bemerkenswert. Zum Teil dürfte die Wertzunahme auf die Steigerung der Weltmarktpreise zurückzuführen sein. In einzelnen Branchen hat allerdings auch der Außenhandel eine starke Zunahme erfahren. Bei der Einfuhr ist vor allem die gegenüber dem Vormonat mehr als verdoppelte Einfuhr von Steinkohlen und anderen Brennmaterialien zu erwähnen; bei der Ausfuhr weisen Textilien, Papier und Papierwaren, Chemikalien, einzelne Maschinen u. a. m. eine starke Zunahme auf, während dagegen unter anderem Eisen und Eisenwaren in verringertem Maße ausgeführt wurden.

Neue Goldverpändung der Reichsbank. Um die Marktlage aufrechtzuerhalten, hat die Reichsbank, wie aus dem Ausweis vom 7. Mai hervorgeht, in der ersten Woche dieses Monats erneut ein Darlehen von 6 Millionen Goldmark gegen Verpändung von Gold aufzunehmen müssen. Dadurch ist der frei verfügbare Goldbestand des Zentralnoteninstitutes auf 913,9 Millionen Goldmark gesunken. Die Reichsbank hat weitere 12,75 Millionen Mark Gold bei ausländischen Notenbanken hinterlegt, so daß sie jetzt außer dem bereits verpändeten Teil des Goldbestandes noch 224 Millionen Mark Gold im Ausland liegen hat. — Der Banknotenumsatz ist in der ersten Maiwoche um den verhältnismäßig geringen Betrag von 177 auf 6723 Milliarden Mark gesteigert worden.

Ueberzeichnung der Kalkwerlanleihe Preußens. Bei der am 11. d. M. eröffneten Zeichnung auf die erste Ausgabe der Sprozentigen Kalkwerlanleihe des Freistaates Preußen hat sich schon am Koniong eine wesentliche Ueberzeichnung ergeben, so daß die Zeichnung am dritten Zeichnungstage geschlossen werden mußte. Auch bei der preußischen Roggenanleihe ist auf eine Ueberzeichnung zu rechnen.

Die Weltzuckerernte. Die Weltproduktion von Zucker beläuft sich nach amerikanischen Aufstellungen für das laufende Erntejahr auf 18.208.325 Tons gegen 17.636.690 Tons in der letzten und 16.787.920 Tons im vorletzten Erntejahr. Diese Zunahme ist ganz und gar auf den stärkeren Ausbau in der westlichen Halbkugel zurückzuführen, da die Produktion in Amerika, sowohl die Rohzucker- als die Raffinaderernte, in diesem Jahre geringer ist als im letzten. Der europäische Rohzuckerbau, hauptsächlich des stärkeren Ausbaus in Deutschland, ist entgegen der Erwartung in Kanada und den Vereinigten Staaten. Die deutsche Zuckerrubenernte allein wird auf 1/2 Millionen Tons geschätzt gegen 1.305.810 Tons 1921/22. Eine Zunahme der Zuckerverproduktion ist ferner festzustellen in Frankreich, der Tschechoslowakei, Italien,

Spanien und der Ukraine, ein Rückgang in Ungarn, Holland, Belgien, Schweden und Dänemark. Hinsichtlich des Rohzuckers steht unter den Produzenten wie immer an erster Stelle Kuba mit einer Produktion von rund 4.000.000 Tons gegen 3.966.857 Tons im Erntejahr 1921/22; es folgt Java mit 1.750.000 Tons gegen 1.649.610 Tons im letzten Erntejahr.

Erhöhung der Kohlenpreise um 25 Proz. Infolge Erhöhung der Bergarbeiterlöhne steigt der Reichskohlenverband den Preis für Zeithöfderkohle des Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikats auf 16. Mai um 29393 auf 142510 Mark je Tonne herauf. Der Preis einer Tonne mitteldeutscher und ostelbischer Braunkohlenbriketts erhöht sich von 69027 auf 84950 M.

Die Zusammenschlußbewegung in der nordamerikanischen Industrie hat in letzter Zeit derartige Fortschritte gemacht, daß die Verbraucher auf den meisten Wirtschaftszweigen von wenigen Trusts abhängig geworden sind und daß man mit der Möglichkeit einer neuen Bewegung gegen die Uebermacht der Trusts rechnet. Wie wir einem Bericht Virgil Jordans im F.B.S. entnehmen, wird sich diese Entwicklung nicht nur in der Preisgestaltung auswirken, sondern auch auf die Lage der Arbeiterschaft innerhalb der Industrie sowie auf die auswärtigen Angelegenheiten der Staaten zurückwirken; die zunehmend größeren Konzerne haben die Machtposition der Industriellen gestärkt und die der Arbeiter entsprechend verschlechtert. Die Konzernierungsbewegung hat ferner ein gewaltiges Anwachsen der Zahl der Betriebsleitungen und sonstigen Beamten mit sich gebracht. So nahm die Zahl der von der Fabrikindustrie beschäftigten Arbeiter von 1914 bis 1919 um 29 Proz., die der Angestellten um 43 Proz., und die der Betriebsleiter um 92 Proz. zu. Gleichzeitig erfolgte eine Konzentration der Industriearbeiterschaft in einzelnen großen, im Besitz von Aktiengesellschaften befindlichen Betrieben. Obwohl im Jahre 1919 in den Vereinigten Staaten die Zahl der über 1000 Arbeiter beschäftigten Werke noch nicht 1/3 Proz. der Gesamtzahl erreichte, beschäftigten doch diese Betriebe mehr als 26 Proz. der gesamten Industriearbeiterschaft der Vereinigten Staaten. 1914 waren in Berlin, die sich im Besitz von Aktiengesellschaften befinden, rund 71 Proz. der in der Fabrikindustrie beschäftigten Arbeiter tätig; 1919 war dieser Satz auf 86 Proz. gestiegen. Diese Entwicklung wird das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschärfen und öftere Lohnkämpfe zur Folge haben.

Drohtenturze. Unserer gestrigen Kurstabelle sind noch folgende Kurse nachzutragen: 1 finnische Mark 1266,82 Geld, 1273,18 Brief; 100 österr. Kronen (abget.) 64,43 Geld, 64,77 Brief; 1 tschechische Krone 1363,58 Geld, 1370,42 Brief; 1 ungar. Krone 8,27 Geld, 8,33 Brief; 1 bulgarische Lewa 365,08 Geld, 366,92 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 477,80 Geld, 480,30 Brief; 100 Polenmark kosteten im freien Verkehr etwa 92 Pf.

Aus der Partei.

Sozialistische Kulturarbeit in Oberschlesien.

Obwohl die Abstimmungsarbeiten in Oberschlesien und die Zerstückelung dieses wichtigen Industriegebiets verhältnismäßig kurze Zeit zurückliegt, hat sich die sozialistische Kulturarbeit in dem zu Deutschland gehörigen Teil des Landes in geradezu glänzender Weise entwickelt. Eine eigene Organisation, der Bund für Arbeiterbildung, umfaßt alle wichtigen Träger der sozialistischen Kulturarbeit, die Gewerkschaften, die Bildungsausschüsse, die Arbeitervereine, die Arbeitervereine, die sozialistischen Lehrer und die Arbeiterpartei. Dank der Initiative des Vorsitzenden, Genossen Franz, des Bezirksleiters des Bergarbeiterverbandes, und des Geschäftsführers Genossen Gebhardt, der die Geschäfte des Bundes länger als ein halbes Jahr bereits hauptamtlich führt, gelang es bereits im Oktober vorigen Jahres, die Spitzenorganisation endgültig zu konstituieren. Seitdem hat der Bund in 23 Orten Oberschlesiens eine eigene Organisation und damit die Grundlage für eine systematische Bildungsarbeit im ganzen Landes- teile geschaffen.

In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Bund unter den schwierigen Verhältnissen außerordentliches geleistet. Er hat den Bildungsgedanken in weite Kreise der Bevölkerung getragen, in 15 Orten Betriebsräteurteile eingerichtet und an 27 Orten Arbeiterbüchereien geschaffen. Die Gründung von freien Volkshäusern hat er in verschiedenen Orten durchgeführt, daneben hat er die Tätigkeit der ihm angeschlossenen Organisationen gefördert. In den Ortsgruppen des Bundes herrscht reges Leben, Diskussions- und Lesabende, wissenschaftliche und künstlerische Darbietungen aller Art wurden veranstaltet und von der Zentrale mit Rat und Tat unterstützt.

Der Bund hat sich zum Ziel gesetzt, bis in den kleinsten Ort Oberschlesiens den sozialistischen Kulturgedanken zu tragen. Vieles ist noch zu tun, um das zu erreichen. Aber die Anfänge sind überwunden, die sozialistische Kulturarbeit marschiert. Durch seine vielseitige Tätigkeit stellt der Bund für Arbeiterbildung einen Faktor dar, den auch die Gegner respektieren müssen und der im Kulturleben Oberschlesiens sich seinen Platz errungen hat.

Der „Vorwärts der Pacific-Küste“ in San Francisco hat bereits am 11. Oktober 1917 sein Erscheinen eingestellt, und es gibt zurzeit überhaupt keine sozialistische (oder kommunistische) Presse im Südosten Nordamerikas. Die vielen Mitteleuropäer, die an den „Vorw.“ schreiben, werfen nutzlos Portogelb hinaus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Internationaler Bund der Kriegsoffer. Heute, Donnerstag, den 17. Mai, abends 7 Uhr, im Lehrervereinsbau, Neugörlitzerstr. 2, Rechtsbörseversammlungsraum. Sämtliche Vorstände der Kriegsoffiziere, Mitglieder der Versorgungsgerichte, Rechtsberater und Hinterbliebenen bitten wir, zu erscheinen.

Außerordentlich billige Pfingst-Angebote!

Herrenbekleidung

Anzüge, gute Stoffe, Gesellenarb.	125 000	115 000	96 ⁵⁰⁰
Anzüge, prima Stoffe, beste Verarbeitung, Ersatz für Maß	290 000	230 000	150 ⁰⁰⁰
Anzüge, Cabardine, Verarb. erstkl., beste Stoffe			365 ⁰⁰⁰
Sport-Anzüge, mit Breeches-Hose			225 ⁰⁰⁰
Sport-Hose, Breeches			85 ⁰⁰⁰
Burschen-Anzüge	96 000	88 000	85 ⁰⁰⁰
Sommer-Schlüpfer	168 000	125 000	68 ⁰⁰⁰
Pilot-Hosen, gute, haltbare Ware.			22 ⁰⁰⁰
Hemden, Maco	11 550	10 400	9 ⁶⁰⁰
weiß		16 000	16 ⁵⁰⁰
Beinkleider		11 550	9 ⁶⁰⁰
Hosenträger, besonders preiswert			165
Strickbinder		2 700	2 ³⁰⁰

Kragen, weiß

1⁵⁰⁰

Monteur-Anzüge

24⁵⁰⁰

Große Auswahl in Waschanzügen zu billigsten Preisen

Damenbekleidung

Kostüme, blau Cheviot auf Halbseide	225 000	185 ⁰⁰⁰
Kostüm-Röcke, marine und farbig	36 000	22 ⁰⁰⁰
Mäntel, Covercoat, besonders billig		55 ⁰⁰⁰
Frotté-Kleider, entzück. Machart, gute Stoffe		61 ⁰⁰⁰

Damen-Leibwäsche

Hemden, gute Stoffe, glatt u. m. Stick., 8800, 8100	7 ³⁰⁰
Nachtjacken aus Cöperbarchent	5 ²⁰⁰
Unterröcke, Waschstoffe	22 500
Unterröcke, Satin	30 ⁰⁰⁰

Trikot-Schlüpfer in verschiedenen Farben

6⁹⁵⁰

Strümpfe, schwarz, enorm billig

2⁰⁰⁰

Schuhwaren

Damen-Stiefel, schwarz	37 000	39 000	48 ⁰⁰⁰
Damen-Halbschuhe, braun	56 200	33 000	29 ⁰⁰⁰
Damen-Halbschuhe, schwarz			33 ⁰⁰⁰
Damen-Leinenschuhe, weiß			16 ⁰⁰⁰
Herren-Stiefel, schwarz	58 000	48 000	42 ⁰⁰⁰
Herren-Stiefel, braun			72 ⁰⁰⁰
Kinder-Stiefel, schwarz			31 500
Kinder-Stiefel, braun			38 000
Kinder-Stiefel, weiß	12 600	11 250	10 ²⁰⁰
Kinder-Sandalen, prima Leder	20 250		17 ⁰⁰⁰
Burschen-Stiefel	38 000	35 000	33 ⁰⁰⁰
Arbeiter-Stiefel			39 ⁵⁰⁰

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80/81

2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33 | 4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner St. 47/48
 3. „ Lichtenberg: Frankfurt. Allee 82 | 5. „ Norden, Müllerstraße 181

